Morgen=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 109.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 13. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 11. Februar. Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von dem Bischof zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Hilfspfarrers Franz Xaver Huhn zu Alt-Thann zum Pfarrer in Thann, Bez. Ober-Elsaß, genehmigt.

Ost- und Westpreußen.

Jn unserer Nachbarprovinz ist ein häuslicher Zwist ausgebrochen, der einige allgemeine Beziehungen darbietet und deshalb unsere Aufmerksamkeit verdient. Durch die Verwaltungsorganisationen von 1815 wurden die drei Provinzen: Posen, West- und Ostpreußen geschaffen und dabei die Kreise Flatow und Deutsch-Krone der zweiten zugetheilt, obgleich sie mehr dem zu Posen gewiesenen Netzedistrikte angehören. Aber schon 1823 wurden West- und Ostpreußen zu einer Provinz vereinigt mit dem Sitze des Oberpräsidenten in Königsberg. Seit 1872, dem Jahre der Säcularfeier der Angehörigkeit Westpreußens zu dem brandenburg-preußischen Staate, oder vielmehr seit der Feier auf der Marienburg, agitirt man namentlich von Danzig aus — Oberbürgermeister v. Winter und Regierungsrath a. D. Hoehne, Abgeordneter — auf Wiederherstellung der Einrichtung von 1815 und führt dafür die Größe der jetzigen Provinz Preußen, die verschiedenen Interessen ihrer Einwohner, sowie die historische Entwicklung ins Feld, indem man namentlich bei der neuen Ordnung der Provinzial-Vertretung eine Majorisirung Westpreußens — 56 Vertreter — durch die 77 ostpreußischen Abgeordneten zu fürchten sich den Anschein gibt. Gegen die Danziger Agitation wirkt zunächst Königsberg, dann aber auch vorzugsweise Elbing. Man bemängelt die angegebenen sachlichen Gründe und meint, Danzig habe nur aus egoistisch-partikularistischen Motiven, die ganz und gar seiner Vergangenheit entsprächen, sowie mit seinem zeitigen kalten Verhalten gegenüber allgemeinen Provinzialinteressen konform seien, die Trennung angeregt: es fürchte der Konkurrenz Königsberg's und suche statt durch eigene Thätigkeit durch äußere Hülfe seine Zwecke zu erreichen. Elbing ist in gleicher Weise natürlich Gegnerin Danzigs. Es erinnert sich der günstigen Zeit, wo Danzig nicht zur preußischen Monarchie gehörte, und es selbst zur Rivalin der alten Seestadt von den Hohenzollern ausersehen und dafür bedeutend unterstützt wurde. Man sieht, das Interesse regiert überall die Welt und Gründe und Gegengründe sind wohlfeil wie Brombeeren.

Den Gegnern der Trennung ist vor Kurzem der Chefredakteur der „Königsberg. Z." Dr. Rösler-Mühlfeld mit einer Broschüre zu Hilfe gekommen, welche den Titel führt „Ost- und Westpreußen, eine Provinz?"

Der Verfasser plaidirt für die Einheit der Provinz in einer ruhigen und besonnenen Weise und verweist die Trennungslustigen auf die Emanation der neuen Provinzial-Ordnung. Das ist im Allgemeinen auch unser Standpunkt, doch müssen wir die faktische große Ausdehnung der jetzigen Provinz Preußen als ein Moment erachten, welches unter gewissen Bedingungen von größerer Bedeutung ist, als er es wahr haben will. Wenn in Preußen durchaus vier Bezirksregierungen bestehen müssen, was wir bezweifeln, dann ist die Einheit der übergeordneten Verwaltungsstelle nothwendig, dann wären zwei Oberpräsidenten doch ein zu großer Luxus. Aber wir glauben, die Agitatoren der Trennung haben das auch nicht vorausgesetzt, sie haben von einer neuen Provinzial-Ordnung den Fortfall der Bezirksregierungen erwartet, und sind unter dieser Voraussetzung nicht so sehr im Unrecht. Wenn die Sache so steht, so freuen wir uns, daß sie auf dem Landtage zur Sprache kommen und dann zu weitgreifenden Diskussionen führen wird, die auf die Frage hinauslaufen, ob man nicht das Prinzip der Selbstverwaltung und somit der parlamentarischen Vertretung durch zu oftmalige Wiederholung lahm legen werde, zumal wenn das sogenannte Schreiberwesen dabei in üppiger Blüthe beibehalten werden soll.

Gegen Rösler-Mühlfeld, dessen ruhiger Argumentation wir alle Gerechtigkeit widerfahren lassen, können wir die weite Ausdehnung einer Provinz nicht so unbedingt als eine gleichgiltige Sache betrachten. Die Zahl der Bevölkerung kommt dabei weniger in Betracht. Landräthliche Kreise mit 60 bis 100 Tausend Seelen sind viel leichter zu verwalten, wenn sie 8 bis 12 Quadratmeilen umfassen, als wenn dieselbe Seelenzahl auf 20 bis 40 Meilen vertheilt ist. Jn gleicher Weise steht es mit den Provinzen, da die Verwaltung durch den Oberpräsidenten nach der ursprünglichen Idee ebenfalls wie die des Landraths auf eigener Anschauung und persönlichem Verkehre mit den Eingesessenen beruhen soll. Bleibt Ost- und Westpreußen vereint, so scheint die Zuschlagung der Kreise Flatow und Deutsch-Krone zur Provinz Posen unzweifelhaft nothwendig zu sein, gehören doch schon jetzt die katholischen Pfarreien und Dekanate einer solchen Verbindung an, so daß das Oberpräsidium in Königsberg mit zwei bischöflichen Stühlen, dem zu Pelplin und dem zu Posen zu verhandeln hat. Auch den Punkt, daß Provinzial-Vertretungen Interessenvertretungen sind, beachtet Herr Rösler zu wenig, wir vermögen wenigstens die Gefahr einer daher rührenden Majorisirung wohl zu würdigen, stimmen aber darin bei, daß die Interessen Ost- und Westpreußens im großen Ganzen dieselben sind.

Recht sachlich sind die Gründe, welche für eine Theilung der Provinz sprechen, in einer Broschüre des Abgeordneten Geh. Rath Höhne zusammengestellt. Außer der Verwaltungsschwierigkeit kommt in zweiter Linie die Finanzfrage in Betracht; das wohlhabendere Westpreußen behauptet nämlich, durch die Verbindung mit dem ärmeren Ostpreußen finanziell benachtheiligt zu werden. Endlich in dritter Linie handelt es sich um eine Nationalitätsfrage. Westpreußen zählt eine zahlreiche polnische Bevölkerung, und es glaubt mit derselben besser auskommen zu können, wenn es eine Provinz für sich bilde, was die Ostpreußen wieder mit derselben Bestimmtheit bestreiten, wie es Jene behaupten. Hoffentlich wird diese wichtige Angelegenheit im Abgeordnetenhause ruhig und sachlich behandelt und nicht zu einem Zankapfel innerhalb der liberalen Parteien gemacht werden.

Die „Collectiv-Erklärung des deutschen Episcopates",

betreffend die Circular-Depesche des deutschen Reichskanzlers hinsichtlich der künftigen Papstwahl, deren bereits telegraphisch kurz gedacht worden ist, lautet nach der „Germ." wie folgt:

Der „Staats-Anzeiger" hat unlängst eine auf die künftige Papstwahl bezügliche Circular-Depesche des Herrn Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck vom 14. Mai 1872 veröffentlicht, welche nach der ausdrücklichen Erklärung des Anzeigers „die Basis zu dem ganzen der Oeffentlichkeit vorenthaltenen Fascikel" der in dem Prozesse gegen den Grafen v. Arnim oft erwähnten Aktenstücke kirchenpolitischen Inhaltes bildete. Diese Depesche geht von der Voraussetzung aus, daß durch „das Vatikanische Concil und seine beiden wichtigsten Bestimmungen über die Unfehlbarkeit und die Jurisdiktion des Papstes die Stellung des letzteren auch den Regierungen gegenüber gänzlich verändert sei," und folgert hieraus, daß „das Interesse der letzteren an der Papstwahl auf's Höchste gesteigert, damit aber auch ihrem Rechte, sich darum zu kümmern, eine um so festere Basis gegeben sei." Diese Folgerungen sind eben so ungerechtfertigt, als ihre Voraussetzung unbegründet ist; und es halten bei der hohen Wichtigkeit dieses Aktenstückes und bei dem Schlusse, welchen dasselbe auf die leitenden Prinzipien des Reichskanzleramtes in der Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten Deutschlands gestattet, die unterzeichneten Oberhirten sich für eben so berechtigt als verpflichtet, den darin enthaltenen irrigen Anschauungen im Interesse der Wahrheit eine öffentliche Erklärung entgegenzustellen.

Die Circular-Depesche behauptet hinsichtlich der Beschlüsse des Vatikanischen Concils: „Durch diese Beschlüsse ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der landesbischöflichen zu substituiren." „Die bischöfliche Jurisdiktion ist in der päpstlichen aufgegangen." „Der Papst übt nicht mehr, wie bisher, einzelne bestimmte Reservatrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand;" „er ist im Prinzip an die Stelle jedes einzelnen Bischofes getreten," „und es hängt nur von ihm ab, sich auch in der Praxis in jedem einzelnen Augenblicke an die Stelle desselben gegenüber den Regierungen zu setzen." „Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit;" „sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souverains geworden," „und zwar eines Souverains, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist, mehr als irgend ein absoluter Monarch der Welt."

Alle diese Sätze entbehren der Begründung und stehen mit dem Wortlaute, wie mit dem richtigen, durch den Papst, den Episcopat und die Vertreter der katholischen Wissenschaft wiederholt erklärten Sinne der Beschlüsse des Vatikanischen Concils entschieden im Widerspruch. Allerdings ist nach diesen Beschlüssen die kirchliche Jurisdiktionsgewalt des Papstes eine potestas suprema, ordinaria et immediata, eine dem Papst von Jesus Christus, dem Sohne Gottes, in der Person des h. Petrus verliehene, auf die ganze Kirche, mithin auch auf jede einzelne Diözese und alle Gläubigen sich direkt erstreckende oberste Amtsgewalt zur Erhaltung der Einheit des Glaubens, der Disziplin und der Regierung der Kirche, und keineswegs eine bloß aus einigen Reservatrechten bestehende Befugniß.

Dies ist aber keine neue Lehre, sondern eine stets anerkannte Wahrheit des katholischen Glaubens und ein bekannter Grundsatz des kanonischen Rechts, eine Lehre, welche das Vatikanische Konzil gegenüber den Irrthümern der Gallikaner, Jansenisten und Febronianer im Anschluß an die Aussprüche der früheren allgemeinen Konzilien neuerdings erklärt und bestätigt hat. Nach dieser Lehre der katholischen Kirche ist der Papst Bischof von Rom, nicht Bischof irgend einer anderen Stadt oder Diözese, nicht Bischof von Köln oder Breslau u. s. w. Aber als Bischof von Rom ist er zugleich Papst, d. h. Hirt und Oberhaupt der ganzen Kirche, Oberhaupt aller Bischöfe und aller Gläubigen, und seine päpstliche Gewalt lebt nicht etwa in bestimmten Ausnahmefällen erst auf, sondern sie hat immer und allezeit und überall Geltung und Kraft. Jn dieser seiner Stellung hat der Papst darüber zu wachen, daß jeder Bischof im ganzen Umfange seines Amtes seine Pflicht erfülle, und wo ein Bischof behindert ist, oder eine anderweitige Nothwendigkeit es erfordert, da hat der Papst das Recht und die Pflicht, nicht als Bischof der betreffenden Diözese, sondern als Papst, alles in derselben anzuordnen, was zur Verwaltung derselben gehört. Diese päpstlichen Rechte haben alle (?) Staaten Europas bis auf die gegenwärtige Zeit stets als zum Systeme der katholischen Kirche gehörend anerkannt und in ihren Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle den Inhaber desselben immer als das wirkliche Oberhaupt der ganzen katholischen Kirche, der Bischöfe sowohl als der Gläubigen, und keineswegs als den bloßen Träger einiger bestimmter Reservatrechte betrachtet.

Die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils bieten ferner keinen Schatten von Grund zu der Behauptung, es sei der Papst durch dieselben ein absoluter Souverain geworden, und zwar vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter, mehr als irgend ein absoluter Monarch in der Welt. Zunächst ist das Gebiet, auf welches sich die kirchliche Gewalt des Papstes bezieht, wesentlich verschieden von demjenigen, worauf sich die weltliche Souverainetät des Monarchen bezieht; auch wird die volle Souverainetät des Landesfürsten auf staatlichem Gebiete von Katholiken nirgends bestritten. Aber abgesehen hiervon kann die Bezeichnung eines absoluten Monarchen auch in Beziehung auf kirchliche Angelegenheiten auf den Papst nicht angewendet werden, weil derselbe unter dem göttlichen Rechte steht und an die von Christus für seine Kirche getroffenen Anordnungen gebunden ist. Er kann die der Kirche von ihrem göttlichen Stifter gegebene Verfassung nicht ändern, wie der weltliche Gesetzgeber eine Staatsverfassung ändern kann. Die Kirchenverfassung beruht in allen wesentlichen Punkten auf göttlicher Anordnung und ist jeder menschlichen Willkür (?) entzogen. Kraft derselben göttlichen Einsetzung, worauf das Papstthum beruht, besteht auch der Episkopat: auch er hat seine Rechte und Pflichten vermöge der von Gott selbst getroffenen Anordnung, welche zu ändern der Papst weder das Recht noch die Macht (?) hat. Es ist also ein völliges Mißverständniß der Vatikanischen Beschlüsse, wenn man glaubt, durch dieselben sei „die bischöfliche Jurisdiktion in der päpstlichen aufgegangen", der Papst sei „im Prinzip an die Stelle jedes einzelnen Bischofes getreten", die Bischöfe seien nur noch „Werkzeug des Papstes, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit." Nach der beständigen Lehre der katholischen Kirche, wie sie auch vom Vatikanischen Konzil ausdrücklich erklärt worden ist, sind die Bischöfe nicht bloße Werkzeuge des Papstes, nicht päpstliche Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit, sondern „vom heiligen Geiste gesetzt und an die Stelle der Apostel getreten, weiden und regieren sie als wahre Hirten die ihnen anvertrauten Heerden."

Wie in den bisherigen achtzehn Jahrhunderten der christlichen Kirchengeschichte der Primat neben und über dem ebenfalls von Christus angeordneten Episkopat kraft göttlicher Einsetzung im Organismus der Kirche bestanden und zum Heile derselben gewirkt hat, so wird solches auch ferner geschehen; und so wenig das zu allen Zeiten bestandene Recht des Papstes, seine kirchliche Regierungsgewalt in der ganzen katholischen Welt auszuüben, seither dazu geführt hat, die Autorität der Bischöfe illusorisch zu machen, eben so wenig kann die neue Erklärung der alten katholischen Lehre über den Primat eine solche Befürchtung für die Zukunft begründen. Werden ja auch notorisch die Diözesen der ganzen katholischen Welt von ihren Bischöfen seit dem Vatikanischen Konzil gerade in derselben (?) Art und Weise geleitet und regiert, wie vor demselben. Was insbesondere die Behauptung betrifft, die Bischöfe seien durch die Vatikanischen Beschlüsse päpstliche Beamte ohne eigene Verantwortlichkeit geworden, so können wir dieselbe nur mit aller Entschiedenheit zurückweisen: es ist wahrlich nicht die katholische Kirche, in welcher der unsittliche und despotische Grundsatz: der Befehl des Obern entbinde unbedingt von der eigenen Verantwortlichkeit, Aufnahme gefunden hat. (Aber im Jesuitenorden! —) Die Ansicht endlich, als sei der Papst „vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter Souverain", beruht auf einem durchaus irrigen Begriff von dem Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit. Wie das Vatikanische Konzil es mit klaren und deutlichen Worten ausgesprochen hat und die Natur der Sache von selbst ergiebt, bezieht sich dieselbe lediglich auf eine Eigenschaft des höchsten päpstlichen Lehramts: dieses erstreckt sich genau auf dasselbe Gebiet, wie das unfehlbare Lehramt der Kirche überhaupt und ist an den Inhalt der h. Schrift und der Ueberlieferung, sowie an die bereits von dem kirchlichen Lehramt gegebenen Lehrentscheidungen gebunden. Hinsichtlich der Regierungshandlungen des Papstes ist dadurch nicht das Mindeste (?) geändert worden. Wenn Diesem nach die Meinung, es sei die Stellung des Papstes zum Episkopat durch die Vatikanischen Beschlüsse alterirt worden, als eine völlig unbegründete erscheint, so verliert eben damit auch die aus jener Voraussetzung hergeleitete Folgerung, daß die Stellung des Papstes den Regierungen gegenüber durch jene Beschlüsse verändert sei, allen Grund und Boden.

Wir können übrigens nicht umhin, unserm tiefen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß in der oft erwähnten Zirkulardepesche das Reichskanzleramt sein Urtheil über katholische Angelegenheiten lediglich nach Behauptungen und Hypothesen gebildet hat, welche von einigen bis zur offenen Auflehnung gegen die legitime Autorität des gesammten Episkopates des h. Stuhles vorgeschrittenen früheren (!) Katholiken und einer Anzahl protestantischer Gelehrten in Umlauf gesetzt, aber wiederholt und nachdrücklich vom Papst, von den Bischöfen und von kathol. Theologen sowohl als Kanonisten zurückgewiesen und widerlegt worden sind. Als rechtsmäßige Vertreter der katholischen Kirche in den unserer Leitung anvertrauten Diözesen haben wir das Recht, zu verlangen, daß, wenn es sich um die Beurtheilung von Grundsätzen und Lehren unserer Kirche handelt, man uns höre, und so lange wir nach diesen Lehren und Grundsätzen unsere Handlungen einrichten, dürfen wir erwarten, daß man uns Glauben schenke.

Indem wir durch gegenwärtige Erklärung die in der Zirkulardepesche des Herrn Reichskanzlers enthaltenen unrichtigen Darstellungen der katholischen Lehre berichtigen, ist es keineswegs unsere Absicht, auf die weiteren Ausführungen der Depesche in Betreff der künftigen Papstwahl näher einzugehen. Wir fühlen uns aber verpflichtet, gegen den damit versuchten Angriff auf die volle Freiheit und Unabhängigkeit der Wahl des Oberhauptes der katholischen Kirche laut und feierlich Einspruch zu erheben, indem wir zugleich bemerken, daß über die Giltigkeit der Papstwahl jeder Zeit nur die Autorität der Kirche zu entscheiden hat, deren Entscheidung jeder Katholik, wie in allen Ländern, so auch in Deutschland rückhaltlos sich unterwerfen wird.

Im Monat Januar 1875.

† Paulus, Erzbischof von Köln.
† Heinrich, Fürstbischof von Breslau.
† Andreas, Bischof von Straßburg.
† Peter Joseph, Bischof von Limburg.
† Wilhelm Emanuel, Bischof von Mainz.
† Konrad, Bischof von Paderborn.
† Johannes, Bischof von Kulm.
† Matthias, Bischof von Trier.
† Johann Heinrich, Bischof von Osnabrück.
† Lothar, Bischof von Leuca, Erzb.-Verweser zu Freiburg.
† Philippus, Bischof von Ermeland.
† Karl Joseph, Bischof von Rottenburg.
† Johann Bernhard, Bischof von Münster.
† Wilhelm, Bischof von Hildesheim.
Domkapitular Hahne, Bisth.-Verweser zu Fulda.

Im Monat Februar 1875.

† Gregor, Erzbischof von München-Freising.
† Heinrich, Bischof von Passau.
† Ignatius, Bischof von Regensburg.
† Pancratius, Bischof von Augsburg.
† Leopold, Bischof von Eichstädt.
† Johannes Valentin, Bischof von Würzburg.
† Daniel Bonifacius, Bischof von Speier.
Dompropst Fellner, Kapit.-Vikar zu Bamberg.

Wir hatten, als wir die „Enthüllung" des „Neuen Wiener Tageblatt", ein angebliches Schreiben des Kultusministers über die preußischen geistlichen Orden, im gestrigen Morgenblatte zum Abdruck brachten, weil wir die Echtheit des Aktenstückes bezweifelten, die Verantwortlichkeit dafür dem obengenannten Blatte überlassen. Das „Wolff'sche Telegr.-Bür." erklärt nun, daß ein derartiges Rundschreiben gar nicht existire. Das betreffende angebliche Aktenstück sei, wie unterrichteterseits konstatirt werde, von Anfang bis Ende eine Erfindung, deren Tendenz aus Bemerkungen über befreundete Regierungen sich erkennen lasse. Und in gleichem Sinne äußert sich ein anscheinend offiziöser Correspondent der „Schl. P.", indem er schreibt:

Das angebliche vertrauliche Rundschreiben des preußischen Kultusministers an die Oberpräsidenten ist nichts anderes als eine wenig geschickte Mystifikation. Die thatsächlichen Angaben des „Aktenstückes",

sind der vor einem halben Jahre erschienenen Schrift von Hinschius, „Die geistlichen Orden und Kongregationen“, entnommen. Ebenso bekannt sind die Stellen aus Reskripten des Ministers; so namentlich bezüglich der Ausschließung von Mitgliedern geistlicher Orden und Kongregationen von dem Volksunterrichte in der Rheinprovinz. Die eigentliche Tendenz des von dem „Neuen Wiener Tagblatt“ veröffentlichten Machwerks tritt in den „offenherzigen“ Anspielungen auf die Haltung der bairischen und österreichischen Regierung klar genug hervor.

Deutschland.

HB. Berlin, 11. Februar. Man glaubt hier allgemein, daß die Bischöfe von Straßburg und Metz von Rom aus den Auftrag erhalten hatten, in den diesjährigen Fastenbriefen eine so drohende Sprache zu führen, um die deutsche Regierung zu überzeugen, daß sie in den dauernden ungestörten Besitz von Elsaß-Lothringen nur gelangen könne, wenn sie mit der Kurie Frieden mache.

— Die „Nat.-Ztg.“ zerstört die Hoffnungen, welche in den letzten Tagen bezüglich der Vereinigung der Post mit der Telegraphie in den verschiedensten Formen ausgesprochen worden sind. Nach der genannten Zeitung liegen über eine Reorganisation dieser beiden Behörden noch nicht einmal bestimmte Pläne oder Vorschläge vor. Es soll vielmehr erst in einer aus höheren Post- und Telegraphenbeamten bestehenden Kommission über alle diese Fragen berathen werden. Dabei dürfte es sich auch um die Frage handeln, ob eine Hebung der Stadttelegraphie in Berlin zu erreichen sein könnte. Eine Vereinigung der Telegraphenstationen mit den Postexpeditionen in Berlin würde, soweit es sich nicht um Anlegung neuer Stationen handelt, der unterirdischen Verbindungen wegen nur schwer und mit sehr erheblichen Kosten auszuführen sein.“

— Die öffentliche Beschimpfung des „heiligen Geistes“ ist als Gotteslästerung zu bestrafen. — Diese Entscheidung wurde vom Obertribunal in der Sitzung vom 20. Januar c in dem bekannten Prozesse wider den Schriftsteller Paul Lindau, Redakteur der „Gegenwart“, gefällt. In einem von Johannes Scherr verfaßten und in der „Gegenwart“ veröffentlichten Artikel bediente sich der Verfasser nach der Feststellung des königlichen Kammergerichts eines beschimpfenden, gegen den heiligen Geist gerichteten Ausdrucks und Lindau wurde als Redakteur der „Gegenwart“ vom Kammergerichte in der Sitzung vom 9. Oktober 1874 wegen Mitthäterschaft bei einer mittelst der Presse verübten Gotteslästerung auf Grund der §§ 166 und 47 des Strafgesetzbuches verurtheilt. Gegen dieses Urtheil legte Angeklagter beim Obertribunal die Nichtigkeitsbeschwerde ein, in welcher er unter Anderem hervorhob, daß die im ersten Satze des § 166 des Strafgesetzbuches („Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, ein Aergerniß giebt u. s. w.) bedrohte Gotteslästerung im engeren Sinne beschimpfende Aeußerungen wider die Gottheit in abstracto gegen einen keiner spezifischen Religion angehörigen Gott erfordere und deshalb den heiligen Geist nicht treffe. Das Obertribunal erachtete jedoch diese Auffassung für irrig, indem es in dem die Nichtigkeitsbeschwerde zurückweisenden Erkenntnisse ausführt:

„Das deutsche Strafgesetzbuch, in dieser Richtung mit dem preußischen Strafgesetzbuche § 135 übereinstimmend, begreift nach Wortlaut und Entstehungsgeschichte unter der Bezeichnung „Gott“ das höchste Wesen nicht als Produkt einer metaphysischen Spekulation, nicht als unbestimmbares Gebilde einer sogen. Vernunftreligion, vielmehr als den Urquell der Religiosität, welche in den Bekennern der im Staate anerkannten Konfessionen auf der Grundlage ihres positiven Glaubens lebendig ist. Die Gesetzgebung übt den Beruf, dieses, zugleich für die Interessen des staatlichen Gemeinwesens wesentliche religiöse Gefühl gegen öffentliche frevelhafte Angriffe zu schützen. Bei der so normirten Strafnorm kann und will der Staat nicht von der fundamentalen Anschauung absehen, welche in dem Organismus einer bestimmten, anerkannten Religionsgenossenschaft, speziell der christlichen Kirche, durch Gemeinschaft des Glaubens und des Bekenntnisses ihrer Mitglieder sich bildet und ausprägt. Die christliche Kirche aber faßt unleugbar das Wesen Gottes in dem Dogma der Dreieinigkeit zusammen und verleiht durch diese, über den Begriff einer sogenannten Lehre hinausreichende Grundanschauung dem Erlöser Christus und dem heiligen Geist die Gottesnatur. Mithin kann eine, den sonstigen Voraussetzungen des Reichsstrafgesetzbuches § 16 entsprechende Lästerung des heiligen Geistes im Sinne der christlichen Religion den Thatbestand der im ersten Satze des erwähnten Paragraphen vorgesehenen Gotteslästerung erfüllen. Im vorliegenden Falle hat das königliche Kammergericht seine, auf eigene Beweisaufnahme gestützte, dem Wortlaute des Gesetzestextes sich anschließende thatsächliche Feststellung durch die Erwägung gerechtfertigt, daß in der hervorgehobenen Stelle des inkriminirten Artikels ein direktes Schimpfwort in unmittelbarer Beziehung zu dem heiligen Geiste gebraucht sei, daß der heilige Geist nach dem christlichen Glauben, zu welchem Angeklagter sich selbst bekenne, insbesondere nach der Lehre von der Dreieinigkeit Gottes, welche der ganzen Erzählung gerade zu Grunde liege, Gott selbst sei, und daß daher Gott in beschimpfenden Aeußerungen gelästert werde. Der obigen Ausführung gemäß kann in dieser Begründung ein Rechtsirrthum nicht gefunden werden. Da auch sonst Verletzung oder unrichtige Anwendung eines Gesetzes oder Rechtsgrundsatzes unersichtlich und die Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen bestimmt ist, mußte die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen werden.“

Hamburg, 8. Februar. Auf heute ist eine sozialdemokratische Versammlung anberaumt, um über keinen Geringeren als Herrn Hasenclever zu Gericht zu sitzen. Und zwar soll er sich und seine Kollegen (Tölcke u. s. w.) gegen folgende Anklagen vertheidigen: 1) haben dieselben den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ verrathen; 2) sind sie böswillige Verleumder, indem sie Falsches und Unwahres verbreiten; 3) haben sie die Finanzen des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ unnütz und zum Schaden für die Arbeiterbewegung vergeudet zur Sicherstellung ihrer persönlichen Existenzen, und 4) haben sie Haß und Zwietracht unter die Arbeiter gesät. Hiernach zu urtheilen, fängt es in den Köpfen der Arbeiter denn doch nachgerade zu dämmern an, und es wird vielleicht nicht lange mehr dauern, so jagen sie die Apostel der sozialdemokratischen Volksbeglückung davon. — Herr v. Freeden, Direktor der deutschen Seewarte in Hamburg, erläßt in der „Hansa“ die folgende Erklärung an das seefahrende Publikum:

„Nachdem mündlich eröffnete vage Aussichten auf die Oberleitung der vom Reiche einzurichtenden deutschen Seewarte, später auf das Angebot des Direktoriums der ersten der drei Abtheilungen (weil der Bundesrath beschlossen, die Ernennung eines Direktors des ganzen Instituts vorläufig auszusetzen), endlich auf das schriftliche Anerbieten zusammenschrumpften, Abtheilungsvorstand zu werden, während, wie es in der amtlichen Mittheilung vom 18 Januar dieses Jahres hieß, das Direktorium der Seewarte dem Hydrographen der Admiralität „übertragen werden wird“ (eine Form der Mittheilung, für welche der Schreiber die Verantwortung übernehmen mag) — so habe ich vorgezogen, meinen Dienst als Direktor der vor 7 Jahren von mir gestifteten, „Norddeutsche“, später „Deutsche Seewarte, Abtheilung I. für Seefahrt“, genannten Instituts niederzulegen, unter Ueberlassung des gesammten Inventars nebst Sammlungen und Arbeiten an das Reich. Ein anderer Ausweg, mein Institut, unbekümmert um die Konkurrenz, selbstständig weiter zu führen, hätte doch schließlich zu einer Schädigung der Idee der Seewarte selbst geführt, und mein politischer Standpunkt verbot mir, trotz noch so begründeten Zorns über anmaßliches Vordrängen, die Zahl der Spötter des Reiches und seiner Institutionen zu vermehren. Meine vermehrte Muße werde ich dazu benutzen, zunächst das Program der „Hansa“ als eines unabhängigen Organes für die Interessen der vaterländischen Schifffahrt, umfangreicher und kräftiger als bisher durchzuführen. Ueber fernere Schritte werde ich den p. t. Lesern der „Hansa“ erste Mittheilungen machen.“

Frankreich.

Paris 9. Febr. Das „Evenement“ fragt heute bei Besprechung des Opernballes vom letzten Sonntag: „Est-ce que nous ne savons plus nous amuser?“ Die Antwort auf diese Frage gibt ihm der heutige Faschingsdinstag, der noch langweiliger ist als die beiden letzten Tage der Narrenzeit. Auf den Boulevards — aus alter Gewohnheit schließt man noch am heutigen Tage des Nachmittags alle Läden — hat sich zwar eine ungeheure Menschenmenge eingefunden, aber das Aussehen derselben ist ungefähr das nämliche, wie an gewöhnlichen Sonntagen, und die Bourgeois, die sich mit ihren Frauen am Arm und ihren Kindern dort herumtreiben, machen noch langweiligere Gesichter, als wenn sie dieselben die obligatorische Sonntags-Promenade machen lassen. Man kann eine Stunde auf den Boulevards herumwandern und sieht nur einige verkleidete Kinder, einige Hanswürste und eine als Negerin verkleidete Mannsperson in Gesellschaft eines schwarzen, mit rothen Lappen geschmückten Pudels. Nur selten hört man lustige Rufe. Es ist eigentlich unbegreiflich, warum man während dieses Faschings das versailler Schauspielhaus geschlossen hat. Die verschiedenen Gruppen der National-Versammlung und auch der Ministerrath, der sich des Morgens bei dem von der Jagd zurückgekommenen Marschall Mac Mahon versammelte, beriethen über die Senatsfrage. Casimir Perier empfing zuerst Savary, de Ségur und andere Mitglieder des linken und des rechten Zentrums bei sich und begab sich dann in die Versammlungen der Linken; um 4 Uhr traf eine Anzahl Deputirter bei Lavergne ein, um 5 Uhr berieth das linke Zentrum. Zu einer Einigung kam es aber nicht, und die Ansicht gewinnt an Raum, daß die Diskussion über den Senat übermorgen beginnen wird, ohne daß eine Einigung unter den Mitgliedern der neuen Majorität erzielt ist, so daß, wenn es überhaupt zu einer Konstitution kommen soll, wieder ein Wallon auftreten muß, um zum wenigsten eine Stimme Majorität zu erzielen. Wie dem nun auch sein mag, jedenfalls darf man nicht daran verzweifeln, daß Frankreich schließlich doch eine Verfassung erhalten wird, da die, welche einem vernünftigen Vorschlag, der in letzter Stunde gemacht werden muß, ihre Zustimmung verweigerten, den Zorn von ganz Frankreich auf sich ziehen würden, das seine Hoffnung, endlich zu festen Zuständen zu gelangen, von Neuem vernichtet sehen würde.

Großbritannien und Irland.

London. Bei der Neuwahl eines Führers der liberalen Partei im englischen Unterhause an Stelle Gladstone's hat sich folgender Zwischenfall ereignet. Bei der Berufung der Zusammenkunft nach dem Reformklub schrieb Mr. Adam, der als Einlader fungirte, an die irischen sezessionistischen Mitglieder, die Vertreter der Home-Rule, gerade als ob sie gewöhnliche Whigs oder Radikale gewesen wären, und forderte sie zum Erscheinen auf. Mr. Adam erhielt aber eine sehr kategorische Zurechtweisung von den Irländern, die nunmehr von den englischen Blättern veröffentlicht wird. Die Irländer erklären, daß es verkehrt und mit der von ihnen angenommenen Haltung unvereinbar sei, bei der Wahl eines Führers der liberalen Partei mitzuwirken. Sie seien überhaupt entschlossen, in dem Parlament ganz unabhängig von Parteibewegungen zu handeln. Diese Erklärung, von einer Gruppe von 50 Parlamentsmitgliedern ausgehend, ist von einschneidender Wichtigkeit für das englische Verfassungsleben, welches auf dem Vorhandensein zweier Parteien beruht, die sich wechselweise kontrolliren, und von denen jede im Stande ist, weil sie über die Mehrheit im Unterhause disponirt, die Regierung zu übernehmen. Die Home-Rule-Parteifraktion im englischen Parlament entspricht nach Tendenz und Zusammensetzung dem Zentrum in den deutschen Vertretungen, und so wird den Engländern, welche Gladstone's Broschüre noch nicht überzeugt hat, das staatszersetzende Prinzip des Klerikalismus praktisch vordemonstrirt.

Vom Landtage.

11. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß).

Berlin, 11. Februar. Im Fortgang der Sitzung wurde nach der mitgheilten Rede des Abg. Petri die erste Berathung der Provinzialordnung geschlossen, obwohl noch eine stattliche Reihe von Rednern nicht zu Wort gekommen ist. Persönlich bemerkt Abg. v. Sybel: Herr Berger hat mich mit einem wahren Platzregen von Mißverständnissen, Insinuationen und unrichtigen Notizen heimgesucht. Ich habe die Agitation gegen die Gemindeordnung nicht begonnen und sie nicht zur Sache des deutschen Vereins gemacht. Ich habe es aber für meine Pflicht gehalten, wie ich konnte, dahin zu wirken, unsere Provinz vor dem Unheil dieser Entwürfe zu bewahren. (Bewegung. Abg. Windthorst: Hört!) Ich habe mich deswegen an die Herren v. Bennigsen, Dr. Lasker, Dr. Wehrenpfennig gewendet und auf Aufforderung des Bürgermeisters von Neuwied auch an den Herrn Minister und später habe ich auch mit dem Fürsten Bismarck darüber verhandelt, wie es eben auch andere rheinische Männer gethan haben. Ich habe aber nie jenes geistreiche Wort gesprochen: jedes reichstreue Kind der Rheinprovinz werde meiner Ansicht sein; viele reichstreue Männer sind meiner Ansicht und ich habe keinen Grund, auf die Kinder zu rekurriren, obgleich sie, je mehr sie heranwachsen, desto mehr meine Ansicht theilen werden. (Heiterkeit.) Ferner habe ich dem Herrn Unterrichts-Minister meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß bei unveränderter Einführung jener Entwürfe seine Bestrebungen wesentlich ge-

Armer Cousin!

Rosa hat ihrer Tante brieflich mitgetheilt, daß sie zur Zeit des Diners eintreffen werde; die kleine Frau dachte damit ihrem Cousin Alfred das erste Zusammentreffen leichter zu machen. Nicht ohne Angst fragte sie sich, mit welchen Augen der arme Junge sie, als Frau, wohl betrachten werde. Seit ihrer Verheirathung ist Rosa viel ernster geworden, als sie früher war, und nach dem Werthe urtheilend, den man ihrer Person beizulegen schien, bemißt sie den Schmerz, den sie verursacht hat. Sie ist überzeugt, daß sie Alfred abgemagert und in düstere Melancholie versunken finden werde und sie schwört sich zu, nicht im Mindesten kokett zu sein, seinen Schmerz nicht zu erhöhen und sich überhaupt als ernste Person zu geben. Mit Herzklopfen erblickt sie den am Bahnhofe wartenden Wagen des Onkels; sie springt aus dem Waggon und nimmt mit vieler Würde Platz in dem eleganten Vehikel. Sich mit dem Gatten dort zeigen, wo man nur als kleines Mädchen gekannt war, welche Wonne, welcher Stolz! Das magische Wort „Frau“ verleiht doch etwas Imponirendes; sie ertheilt Befehle nach allen Richtungen, um von dem alten Diener, der sie in seinen Armen geschaukelt hat, so häufig als möglich das Wort zu hören: „Gnädige Frau!“ Rasch ist der Weg vom Bahnhof zum Hause des Onkels zurückgelegt; Rosa athmet, am Arm ihres Gatten, mit Entzücken die würzige Luft ein; der Himmel, die Felder, das Gackern des Hahns — Alles scheint ihr neu.

Ihre Ankunft bringt eine ganze Revolution hervor, von allen Seiten werden sie bewillkommt. Küsse, Gratulationen, Vorstellungen — es wird Einem schwindelig von dem Lärm. Rosa hat in dem Trouble bemerkt, daß auch Alfred sie umarmt hat, und sie wendet die Augen zu ihm, um sein bleiches Antlitz zu sehen Cousin Alfred ist aber im Gegentheil scheinbar sehr ruhig, er lächelt und ist voller Eifer, den Gatten Rosa's von den vielen Kleinigkeiten zu befreien, deren sorglicher Wächter er während der Reise sein mußte. Rosa ist zufrieden; Onkel, Tante, die kleine Cousine, alle Welt ist in Aufregung versetzt durch die Gäste. Die Tante wiederholt unzähligemal: „Ich hoffe, Dein Gatte wird mit seinem Zimmer zufrieden sein; ich habe für Alles gesorgt. Dein Onkel wird ihn auf die Jagd führen . . . Ißt er Fische gern?“

„Aber, liebe Tante, Sie geben sich wirklich zu viel Mühe.“

„Antworte mir, ißt Dein Gatte Fische?“

„Ja Tante, sehr gern.“

„Dann macht er sich wohl nichts aus einem Fastendiner?“

„Gewiß nicht, und Karl wäre untröstlich, wenn Sie nur das Geringste an Ihren Gewohnheiten ändern würden.“

„Laßt nur mich sorgen . . . Wie nett Dein Hut ist . . . Kleide Dich rasch um, in einer halben Stunde wird servirt.“

Und indem die gute Frau die Thüre schließt, fragt sie noch einmal: „Ißt Dein Mann wirklich Fische gern?“

Während sie sich umkleidet, denkt Rosa nach; sie will die Ruhe ihres Cousins um keinen Preis stören, aber sie muß sich gestehen, daß sie nichts weniger als häßlich geworden, seitdem sie ihm eine Haarlocke gegeben. In zwanzig Minuten ist sie mit ihrer Toilette fertig, und wieder muß sie sich gestehen, daß sie nett ausgefallen ist. Karl ist noch nicht fertig und sie steigt ohne ihn die Treppe hinab. Das Geräusch ihres Kleides erfreut sie; sie geht langsam, denn sie hört hinter sich bekannte Tritte, und da sie weiß, daß das Kleid hinten vorzüglich sitzt, daß die Frisur gelungen ist, so fragt sie sich, was wohl Alfred von all' Dem denken werde.

Es ist wirklich Alfred, der sie eingeholt hat und zu ihr sagt:

„Sie sind schon angekleidet, Cousine, das ist schnell gegangen.“

Ah, Cousin, halten Sie doch meinen Fächer, während ich die Handschuhe zuknöpfe.

Er nimmt bereitwillig Fächer und Sacktuch, und Rosa, die ihm einen raschen Seitenblick zugeworfen hat, will es scheinen, als sei er ein klein wenig erröthet . . . Sie zieht den Handschuh ruhig, phlegmatisch, kurz mit der Ungezwungenheit einer Frau an. Wie unbedeutend ihr Alfred vorkommt! Armer Alfred, er ist jedenfalls ein netter Junge, aber sein blondes Schnurrbärtchen hält keinen Vergleich aus mit dem parfümirten Barte Karls; seine jugendliche Miene flößt ihr Mitleiden ein und sie fragt sich, wie es geschehen konnte, daß sie je Wohlwollen für eine Person empfand, der das Leben noch unbekannt ist . . . Alfred ist gelockt wie ein weißer Neger. Welcher Unterschied zwischen diesem sorgsam frisirten Kopfe und dem Anflug von Kahlköpfigkeit bei ihrem Gatten! Ein Mann, der nicht ein wenig kahl ist, erscheint Rosa ganz und gar nicht beachtenswerth.

Diese Gedanken geben ihr ein sehr würdevolles Ansehen und sie tritt in den Salon, den Cousin hinter sich. Die Schwelle überschreitend, wiederhol sie noch einmal:

Wie konnte meine Tante je die Idee fassen . . . Und sie lächelt ihrem Onkel zu, der den Galanten spielt und ihr die Hand küßt.

„Rosa, wie Du schön geworden bist!“

Finden Sie, Tante? Und mit selbstbewußtem Tone fügt sie hinzu: Und Sie, Alfred, wie finden Si mich?

„Reizend, Cousine.“

Sie staunte über die Raschheit seiner Antwort. Der arme Alfred ist also nicht ganz stumm vor Schmerz geworden!

Mein Gatte bittet um Entschuldigung; er erscheint allsogleich.

„Oh, er muß sich nicht überstürmen; es dauert noch zehn Minuten, bis servirt wird . . .“ Und leise fügt die Tante hinzu: „Ißt er wirklich Fische gern? Daß Ihr doch an einem Freitag ankommen mußtet.“

Karl erscheint endlich, er grüßt, entschuldigt sich, macht der Tante einige Komplimente, sagt dem Onkel seine Schmeicheleien. — Alles während drei Minuten. Alfred steht mittlerweile, steif wie eine Picke, hinter dem Stuhl seiner Cousine. Endlich wird servirt. Alfred entwickelt einen unglaublichen Appetit und Rosa bemerkt, daß er entschieden an Leibesumfang zugenommen hat. Sie sagt es der Tante, indem sie von Alfred wie von einem Kinde spricht, daß sie groß werden gesehen.

„Ja, Ihr habt Euch alle Beide sehr verändert; Du hast Dich auch ganz erstaunlich entwickelt.“

Man spricht von den Nachbarn.

„Die ganze Familie X. ist hier; die Kleinen sind charmant. Nicht wahr, Alfred? sagt der Onkel bedeutungsvoll und bricht in heiteres Lachen aus. Wie gefällt Dir namentlich Mathilde?“

Auch Alfred lacht . . . Rosa fragt sich, ob sie träumt. Nein, er lacht wirklich, und als ihr Gatte hinzufügt: „Ah, ah, geht da was vor?“ thut Alfred nicht im mindesten, als wollte er sich vertheidigen. Rosa ist zornig über diese „Herzlosigkeit“, die Alfred heiter sein läßt, während sie hier ist, sie vor seinen Augen und für ihn verloren.

Das ist die Verzweiflung, tröstete sie sich; das Ganze ist eine Komödie, mit der er aber mich nicht hintergeht.

Am Abend sind die Beiden allein auf der Veranda Rosa will klar sehen; sie will die wahren Gefühle Alfred's kennen, sie will ihn trösten, ihm die Freiheit wiedergeben; aber da sie nicht sehr geschickt ist in derlei Dingen, so geht sie direkt auf den Gegenstand los und fragt seufzend:

„Ich hoffe, Cousin, daß Sie mir verziehen haben?“

schädigt und gestört werden müßten. Es ist mir ferner Furcht vor Herrn Lasker insinuirt worden, deswegen soll ich meinen Platz auf der Rednerliste vertauscht haben. Herr Lasker ist sachlich gewiß der gefährlichste Widersacher im Hause; aber ich wäre lieber in seine Hände gefallen, als in die des Herrn Berger. (Heiterkeit.) Die Insinuation, das Grundmotiv meiner Haltung sei die Furcht, weise ich zurück: aber Deckung zu suchen vor dem Feinde, sich nicht ihm in die Schußlinie stellen, ihm nicht die Waffen überliefern, das nenne ich nicht Furcht, sondern Verstand. Ich habe nicht Furcht vor schwarzen Gespenstern in den Rheinlanden; die verehrten Mitglieder des Centrums kommen mir nicht wie Gespenster vor, sondern wie sehr bestimmte Realitäten. (Heiterkeit.)

Abg. Berger (persönlich) bedauert, das Alles nicht schon gestern vom Vorredner erfahren zu haben; es würden ihm damit heut manche Ausführungen erspart geblieben sein. Jedenfalls seien die Kollegen des Vorredners vom Rhein bezüglich des Unheils der Entwürfe ganz anderer Meinung. Persönliche Furcht habe er dem Vorredner nicht vorgeworfen, sondern rein sachliche und zwar sei diese übertrieben.

Es wird hierauf beschlossen, die beiden Vorlagen von einer Kommission vorberathen zu lassen; über die Zahl der Mitglieder derselben wird erst nach der Berathung des Gesetzentwurfs über Schaffung einer Provinz Berlin beschlossen werden.

Es folgt die Berathung über den Antrag des Abgeordneten Virchow: „die königliche Staatsregierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen dem Landtage vorzulegen“

In Abwesenheit des Antragstellers erklärt im Auftrage desselben Abg. Berger, daß derselbe zuerst die Einführung der Kreisordnung, dann die der Provinzialordnung wünsche, bezüglich der Gemeindeordnung aber nach den gestrigen Auslassungen des Ministers eine dringende Pression nicht ausüben wolle.

Abg. Tiedemann: Ich bin der Meinung, daß der vorliegende Antrag zu weit geht. Vor allen Dingen ist doch nur die Kreis- und die Provinzialordnung für die westlichen Provinzen dringendes Bedürfniß; denn die Verwaltungsgerichte können auf die Dauer dort nicht entbehrt, die gegenwärtige Zusammensetzung der dortigen Kreistage kann nicht beibehalten werden, sondern Kreis- und Provinzialvertretung sind möglichst bald zu ändern. Innerhalb der Rheinprovinz bestehen außerordentlich verschiedenartige Verhältnisse; rechtes und linkes Rheinufer sind in ihrem inneren Leben so verschieden, daß es nicht möglich ist, sie über einen Leisten zu schlagen. Der Abgeordnete Gneist hat schon gestern mit Recht bemerkt, daß es eine Kleinigkeit ist, eine allgemeine Landgemeinde nach einem Schema zu machen, daß aber eine Landgemeinde-Ordnung, die auf faktischen Verhältnissen beruhen soll, nicht in schematischer Weise gemacht werden kann. Es würde sich daher, glaube ich, sogar empfehlen für dieselbe Provinz verschiedene Landgemeinde-Ordnungen zu erlassen. Im Uebrigen scheint mir Herr v. Sybel zu schwarz zu sehen. Die politischen Gegensätze werden sich, glaube ich, auf die Kommune nicht übertragen, sondern es werden da viel eher die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Ackerbau hervortreten. Richtig aber ist allerdings, daß der Staat den dortigen Verhältnissen gegenüber gewisser Kautelen bedürfen wird; denn solange in Preußen eine Partei existirt, welche ihr subjektives Ermessen oder die Befehle kirchlicher Hierarchie höher stellt, als die auf verfassungsmäßige Weise zu Stande gekommenen Gesetze des Staates, kann und darf der Staat nun und nimmermehr zugeben, daß der Zufall die Befugniß in Fragen örtlichen Rechts Recht zu sprechen, in die Hände dieser Partei giebt. Deswegen wird der Staat das Recht haben müssen, die Mitglieder der Bezirks-Verwaltungsgerichte zu bestätigen oder nicht; die Bezirks-Ausschüsse dagegen sind nur reine Verwaltungsorgane. Diese Bedenken aber sind nicht groß genug, um nun gleich die ganze Reform zu sistiren; damit würden wir jener Partei viel zu viel Ehre anthun, wenn wir darauf verzichteten, uns eine Arena des öffentlichen Kampfes in Kommune, Kreis und Provinz zu eröffnen, wo sich ihre Gegner zusammenschließen werden. Wir danken dem Ultramontanismus am Rhein das Schwinden der Gegensätze von Fortschritt, Liberalen und Konservativen und wir wollen nunmehr gemeinschaftlich gegen ihn Front machen. Erinnern wir uns jenes Ausspruches bei Gründung des Norddeutschen Bundes: wir sollten Deutschland nur in den Sattel heben, reiten würde es schon können. Ich bitte also, in dem Antrage Virchow eine Theilung zuzulassen und die Forderung der Gemeindeordnung abzulehnen.

Abg. Berger protestirt Namens des Antragstellers gegen eine solche Theilung des Antrages.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich verkenne nicht, daß es unser Ziel sein muß, den Ultramontanismus in seiner gegenwärtigen Form zu schwächen und das Staatsbewußtsein zu stärken, ich verkenne auch nicht die Gefahren, welche in einer Uebertragung staatlicher Funktionen an Organe der Selbstverwaltung liegen in Gegenden, wo nicht nur, wie in Oberschlesien, ein kleiner Theil des Adels, die Priester und das Landvolk vom Ultramontanismus beseelt ist, sondern zu welchen, wie in den Rheinlanden, noch eine vierte Kategorie kommt, die uns in Schlesien mit Ausnahme der Stadt Neustadt noch fehlt, nämlich der gebildete Mittelstand, der intelligente Vertreter der Wissenschaft, des Handels und Gewerbes. Um aber diese Gefahren für das Rheinland genau bemessen zu können, müßte man in der Regierung sitzen oder am Rhein zu Hause sein; beides trifft für mich nicht zu und ich muß also anderswo Belehrung darüber suchen. Nun sehe ich, daß die Rheinländer unter sich nicht einig sind, daß aber die große Majorität der Herren, die hier gesprochen haben, für die Uebertragung dieser Organisation auf die Rheinprovinz ist; sie wollen nur das Wie und das Wann der Regierung überlassen. Ersteres will ich gern konzediren, nicht Letzteres; denn es können aus einer Verschleppung große Gefahren für den Staat entstehen. Abg. v. Sybel hat gestern gesagt, es entspreche nicht den Regeln der Kriegskunst, wenn der Staat jetzt auf Machtmittel verzichte. Daß ist richtig, wo es sich um einen großen Kampf gegen einen äußeren Feind handelt; hier aber müssen wir mit andern Waffen kämpfen, hier müssen wir andern Regeln folgen! Hier müssen wir den Plan zum Kampf nicht nur vor den Augen unserer Gegner machen, sondern sogar unter ihrer Mitwirkung. Wir kämpfen freilich nur gegen den Ultramontanismus, nicht gegen Ultramontane; mit ihnen wollen wir in Frieden weiter leben, aber erst dann, wenn sie sich bereit erklären, den Staatsgesetzen unbedingten Gehorsam zu leisten. (Lachen im Zentrum.) Sonst aber werden wir den Kampf fortsetzen bis auf's Messer! Nach Erreichung des Zieles aber wird ihre Anhänglichkeit an die katholische Rechtgläubigkeit bei uns keinem anderen Gefühle begegnen, als dem der Hochachtung! Sucht die Regierung nun gegen den Mißbrauch der zu übertragenden Machtmittel in den westlichen Provinzen stärkere Kautelen, als in den östlichen, so bin ich geneigt, ihr entgegenzukommen, wenn ich auch nicht soweit darin gehe, wie mein Herr Vorredner; ich bin kein Freund des Bestätigungsrechts. Im Allgemeinen stehe ich da auf dem Standpunkt des Abg. Lasker, wenn ich auch glaube, daß es vorzuziehen ist, in der Gesetzgebung langsamer, aber sicher vorzugehen, um die Gefahr einer bald erforderlichen Reform zu vermeiden. Ich werde daher prinzipaliter dem Antrage des Herrn Vorredners, eventuell aber auch pure für den Antrag Virchow stimmen. Es wird ohnedies nicht möglich sein, Alles zugleich zu arbeiten und einem von den 3 Gesetzen wird also so wie so der Vorzug zufallen und der Antragsteller ist ja auch damit einverstanden, daß der Kreisordnung die Priorität gebührt. Es handelt sich in dieser ganzen Frage nicht um einen Kampf des Protestantismus gegen den Katholizismus, sondern darum, daß der Staat durch seine Zentralgewalt die Individuen klar unter den Schutz des Gesetzes stellt gegenüber einer Hierarchie, welche einer Korporation willkürliche Zügellosigkeit gewähren will zum Zweck der Knechtung der Freiheit des Einzelnen, zum Spott der Gesetze. (Widerspruch im Zentrum). Der Kampf zwischen diesen Mächten beruht also auf tiefen Ideen; wenn wir daher den Sieg der Staatsmacht wollen, so müssen wir an seinen Ideen unverbrüchlich festhalten und dürfen die Gleichmäßigkeit der Gesetze für alle Parteien keinen Augenblick aufgeben. Schaffen wir also auch hier nicht Preußen erster und Preußen zweiter Klasse, mit und ohne Selbstverwaltung! Wie lange will denn Herr v. Sybel für die Rheinlande warten? Die Ultramontanen haben durch ihr Verhalten für diese Organisation schon mächtig Propaganda gemacht! Andererseits aber würden sie wieder unterstützt werden, wenn man den Landen die Ungerechtigkeit zufügte, ihnen diese Organisation vorzuenthalten. Alle diese Gefahren werden gemindert, wenn wir darauf halten, daß in der Gesetzgebung des preußischen Staates Gleichmäßigkeit herrsche. Nehmen Sie deshalb den Antrag des Abgeordneten Virchow an, für den ja auch schon die Schaffung des Dotationsfonds für alle Provinzen spricht. Es kommt dazu, daß in Hannover viele Aemter von kleiner Ausdehnung existiren, die als Körper in unserer Kreisordnung kaum verwendbar sind. Bei der Stiftung des Norddeutschen Bundes mag es noch ein berechtigter Wunsch gewesen sein, die Individualität des Preußischen Staates in ein größeres Staatsgebilde aufgehen zu lassen in der Hoffnung, das in ihm vorhandene Gute dort wiederzufinden; seitdem aber mit der Gründung des Reiches der Deutsche Süden dazu gekommen ist, ist das anders geworden und der Preußische Staat wird jetzt seine Individualität nicht früher aufgeben können, als die übrigen Staaten die ihrige. Nichts aber wäre mehr für den Staat auflösend, als wenn seine einzelnen Theile nach ganz verschiedenen Grundsätzen verwaltet würden. Dabei werden wir uns aber hüten müssen, uns Sympathien zu verscherzen dadurch, daß wir Alles stramm nach einer Schablone einrichten, sondern dezentralisiren wir so, wie es die einzelnen Provinzen vermöge der Eigenart der Stämme erfordern; das wird auch unsere Kraft nach außen erhöhen und es wird gleichzeitig die Zentralisation des Reiches ohne Vertragsbruch fortschreiten. Das gleichzeitige Zustandekommen aller Gesetze, die der Abgeordnete Virchow will, ist fraglich; begnügen wir uns also, die Grundlagen für die Weiterentwickelung des Reformwerkes sicher zu stellen; dann aber wollen wir einmüthig und ununterbrochen mit der Regierung zusammenstehen. Wenn der Staat sich seiner treu bleibt, wird er sicher stehen gegen äußere, wie gegen innere Feinde: halten wir die Staatsidee aufrecht und fürchten wir uns nicht vor Gespenstern! (Lebhafter Beifall.)

Nachdem sich im weiteren Verlauf der Debatte noch der Abg. Thiel gegen, die Abgg. Miquel und Reichensperger (Olpe) sich für den Antrag erklärt hatten, ergriff das Wort der Minister des Innern: Wenn ich den Wunsch ausspreche, daß der Antrag des Abg. Virchow nicht angenommen werden möge, so geschieht das nicht, weil ich etwa erklären will, die Regierung sei gar nicht Willens, mit dieser Gesetzgebung, wie sie beantragt wird, sich in der nächsten Zeit zu beschäftigen, sondern nur deshalb, weil ich die Form einer Aufforderung an die Regierung in diesem Augenblicke nicht für opportun halte; (Bewegung.) und zwar aus Gründen, die mit der Frage, die hier im Hause so heftig ventilirt wird, gar nicht zusammenhängen. Zu dieser Frage steht die Regierung viel kühler, als die Herren vielleicht glauben. Schon neulich hatte ich die Ehre, Ihnen zu sagen, daß Niemand mehr den Trieb in sich hat, die kommunale Gesetzgebung, wie sie angefangen ist, weiter fortzuführen, als die Regierung selbst, daß sie nie aufgehört hat, sich bewußt zu sein, daß der erste Schritt die übrigen Schritte nach sich ziehe. Aber zur Ausführung dieses Gedankens gehört sein erstens Studium der Zustände derjenigen Landestheile, auf welche die Gesetzgebung ausgedehnt werden soll. Wir sind sehr fern davon, schablonenmäßig vorgehen zu wollen, und es liegt der Regierung fern, die einzelnen Landestheile mit Gesetzen beglücken zu wollen, die ihnen nicht passen. Was in Hessen und Nassau gesagt ist, und was in Schleswig-Holstein und Hannover dereinst gesagt werden wird, geht ebensowenig, als was aus Rheinland und Westfalen verlautet, ungehört an der Regierung vorüber. Wir wollen die Organisation im Ganzen und Großen so durchführen, daß sie praktikabel wird, ohne daß wir uns sehr darum kümmern, ob im Kleinen, namentlich nach unten hin gewisse Gemeindeverfassungsbestimmungen zur Anwendung kommen, die mit den Gewohnheiten und kommunalen Liebhabereien, wenn ich so sagen soll, in eklatantem Widerspruch stehen. Es wird sicherlich damit nichts gewonnen, wenn man schablonenmäßig vorgeht. — Nun ist aber die Prüfung der provinziellen Zustände und die Ausarbeitung der Gesetzesparagraphen, welche dieselben darstellen und zur Geltung bringen sollen, eine außerordentlich langwierige, tief eingehende und saure Arbeit und ein Entwurf, der von irgend einem Minister gemacht wird, kann deßhalb noch niemals als Entwurf der Regierung angesehen werden, weil es kaum ein Ressort giebt, was nicht gerade bei der Organisation der Gemeinde-, Kreis und Provinzial-Verwaltung das allerlebhafteste Interesse hätte. Meinem Standpunkt gemäß bin ich den ganz natürlichen Versprechungen, die ich zur Zeit habe geben können, mit diesen Sachen so schnell als möglich mich zu beschäftigen pünktlich nachgekommen. Ich habe Entwürfe ausarbeiten lassen und sie theils in evidenter Weise, theils vertraulich mit Leuten und Korporationen besprochen, denen ich ein Urtheil über diese Dinge zutrauen konnte. Eine wirkliche Vorlage über eine Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westphalen habe ich im königlichen Staatsministerium aber noch gar nicht gemacht, und die Behauptung, die Herr Berger aufstellte, daß Alles fertig und zur Vorlage reif sei, ist nicht richtig. Die einzelnen Ministerien haben noch nicht Gelegenheit gehabt, sich mit diesen Vorlagen zu beschäftigen. Es ist vorgekommen, daß im großen Drange der Geschäfte Vorlagen gemacht sind, gegen die im Schooße des Ministeriums nachher selbst Einwendungen vorkamen. Es wird also gut sein, mit diesen Vorlagen nicht eher vorzugehen, als bis man im Staatsministerium für den ausgearbeiteten Entwurf einzutreten entschlossen ist. Es muß erst noch der Kultusminister, der Handelsminister, der Finanzminister und der landwirthschaftliche Minister gehört werden. Jedesmal, wenn eine parlamentarische Session schließt, und für die Abgeordneten die sogenannten Ferien beginnen, fängt für die Regierung und die Ministerien eigentlich erst die rechte Arbeitszeit an. Ich kann Ihnen also nicht garantiren, daß in dieser Session der Entwurf noch vorgelegt werden wird, womit ich aber absolut nicht sagen will, daß die Regierung nicht Willens sei, mit dieser Gesetzgebung vorzugehen. Sie hat den lebhaften Wunsch, diese Gesetzgebung über die ganze Monarchie auszudehnen. Wenn man sagen wollte, man könne dies und dies Gesetz nicht eher vollenden als bis man ein anderes Gesetz durchberathen habe, so würde man schließlich in die Gefahr kommen, wichtigere Gesetze wegen Nichterledigung kleiner ganz zu verhindern. Wir haben ja hier jetzt drei Tage lang über diese Gesetze im Allgemeinen gesprochen; das sind Alles bisher bloße Andeutungen von Gesichtspunkten gewesen. Nun haben wir also drei Tage lang blos angedeutet. Diese Andeutungen lassen Sie jetzt in die Kommission kommen, aus der Kommission in das Plenum, sodann in das Herrenhaus und wieder zurück; da ist es ja undenkbar, daß das Maß, welches hier jetzt geboten ist, nicht durch eine kleine Zuthat überfüllt werde, so daß wir überhaupt nicht zum Schluß kämen. Ich glaube, daß keiner von den Herren wirklich die Ueberzeugung hat, daß die rheinische Kreisordnung jetzt in dieser Session noch fertig werden würde. Ich bitte den Antrag aus diesen Gründen abzulehnen und sich überzeugt zu halten, daß der Gesetzgebung jeder Fortgang gegeben werden wird, der irgendwie mit den Kräften der Regierung vereinbar ist. Die Bilder, die der Abg. Lasker von den bleichen und den nervösen Ministern und von den Abgeordneten vorgeführt hat, die so matt sind, daß sie kaum freundlich guten Morgen sagen können, haben ihre Wahrheit und Bedeutung.

Sie hat diese Worte mit schmerzlicher und doch triumphirender Betonung gesprochen. Er entgegnete mit sehr verbindlicher Miene:

„Mein Gott, was denn!“

Ich wurde gezwungen, Alfred, meiner Mutter zu gehorchen, und ich verhehle nicht, daß ich jetzt glücklich bin.

„Aber, meine theure Cousine, Sie hätten sich doch nicht von unseren einstigen Kindereien sollen beeinflussen lassen. Ich dachte wirklich nicht mehr daran, und ich versichere Ihnen, daß ich entzückt war, als ich Kunde von Ihrer Verheirathung erhielt.“

Sie sind gut und großmüthig, Cousin.

„Ach nein, Rosa; ich kann Ihnen jetzt wohl sagen, daß ich den ganzen Winter bis über die Ohren in eine Schauspielerin verliebt war, die hier gastirte.“

Und die kleine Mathilde?

„Ach, eine Idee meiner Eltern. Uebrigens mißfällt sie mir nicht... Mein Gott, Rosa, wie lächerlich wir waren!“

Rosa ist wie zerschmettert ... Das war also von der Leidenschaft zurückgeblieben, die sie sich schmeichelte, inspirirt zu haben, und wegen der sie sich einen ganzen Tag lang ernste Vorwürfe gemacht hatte ... Die arme Rosa, sie hatte geglaubt, Alfred sei recht unglücklich, und dieser Gedanke hatte etwas ungemein Süßes für sie, ja, sie hatte sogar ihrem Manne anvertraut, wie sehr sie vergöttert worden ... Und er mußte Zeuge sein von der Kaltblütigkeit dieses gebrochenen Herzens ... Während Alfred gleichgültig fortplauderte, sich ihre Wohnung schildern ließ, Details von ihrem Aufenthalte in der Schweiz verlangte, hatte Rosa ihre Fassung wieder erlangt, und mit ihrem Goldfinger, auf dem die schönsten Ringe funkelten, nach der Schaukel deutend, sagte sie:

„Wie gut haben wir uns da unterhalten!“

Sie dachte jetzt nur mehr an die Spiele der Kindheit und nicht mehr an die verliebten Possen.

„Du hattest aber immer Furcht, Röschen.“

Er sah sie auch nur als kleines Kind, das er als Schwester behandelte. Sie erröthete ein wenig, als sie sich duzen hörte, aber sie war herzlich froh, daß das Gespräch eine solche Wendung genommen und nicht von Vorwürfen und Rekriminationen die Rede war. Alfred erschien ihr charmant, als sie in ihm nur ihren Kousin sah; sie hielt ihm dann moralische Predigten, wie eine alte Frau, sie warnte ihn vor den zufälligen Liebschaften und zeigte ihm die Ehe als den sicheren Port; sie ward beredt in der Schilderung ihres Glückes, von dem sie bis zu diesem Moment noch keinen rechten Begriff gehabt hatte. Und wie geduldig er sie schelten ließ! Sie fand diese Mentorrolle reizend, wenn sie sich auch sagen mußte, daß ihr Einfluß auf das Leben Alfred's ziemlich geschwunden sei.

Die Tante rief sie ins Haus zurück.

„Was hattet Ihr Euch in Eurem tête-à-tête zu sagen,“ fragte der Onkel, vom Spieltisch aufstehend, wo ihn Karl beschäftigt hatte. „Machte Dir Alfred Liebeserklärungen?“

Rosa trat zu ihrem Gatten, legte ihre weißen Arme um seinen Hals und küßte ihn auf die Stirne. Dann antwortete sie:

„Onkel ist sehr neugierig. Wir machten uns Geständnisse. Nicht wahr, Alfred?“

„Ja, noch mehr; Rosa predigte mir Moral.“

„Woher hast Du denn Deine Weisheit, Rosa?“

„Das ist mein Geheimniß, Onkel.“

Als das junge Paar allein war, sagte Karl:

„Es scheint, daß Dein Anbeter sich so ziemlich getröstet hat.“

„Ach, Karl, es ist abscheulich; er hatte ein Halbdutzend Liebschaften seit dem letzten Winter.“

„Und Rosa?“

„Das ist was Anderes ... Ich liebe nur Dich, mein kleiner Mann.“ (Ung. Lloyd.)

Aus Berlin.

Wie die „N. Allg. Ztg.“ mittheilt, sind die bereits abgebrochenen Verhandlungen zwischen der k. Generalintendanz und der Frau Mallinger neuerdings wieder aufgenommen worden. Man hat der Sängerin so vortheilhafte Bedingungen gestellt, daß nunmehr kaum noch zu zweifeln ist, sie werde unserer Oper erhalten bleiben. Die bereits von ihr abgeschlossenen Gastspiele, soweit sie nicht rückgängig zu machen sind, müssen während ihres Urlaubes absolvirt werden.

Von einem der letzten großen Bälle erzählt man sich an der Börse einen hübschen Scherz. Eine Dame der Finanzwelt fiel nicht wenig durch ihre, selbst das Maß des Gewohnten ziemlich weit hinter sich lassende Decolletirung auf. Zwei Herren unterhielten sich über die Erscheinung der Dame. „Nun“, meinte der Eine, „die Dame weiß eben in der Finanzwissenschaft Bescheid. Ihr Anzug entspricht vollständig dem noch immer gültigen Bankgesetze, das in coulantester Weise die Effektivbedeckung auf mindestens — ein Drittel normirt.“

Der allgemeines Aufsehen erregende Betrug des Rendanten Piltz wird, je mehr die Behörde Einsicht in die Buchführung desselben nimmt, und je mehr die Lebensweise des Flüchtlings bekannt wird, immer erklärlicher. Piltz hat eigentlich nicht ausschweifend gelebt, jedoch suchte er etwas darin, Anderen gefällig zu sein, Darlehen zu geben und den reichen Mann zu spielen. Eine besondere Vorliebe hatte er für großartige Diners. Ueber den Verbleib ist noch nichts ermittelt, doch sind zu seiner Ermittelung die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Ein Photogramm ist, der „Staatsb.-Ztg.“ zufolge, bereits an sämmtliche deutsche Konsulate abgesandt. Die von ihm mitgenommenen Gelder bestehen sämmtlich aus größeren Apoints, deren Umsatz nicht ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen ist.

Seit einiger Zeit bemerkt man hier einen besonders starken Zudrang zu den Sitzungssälen des Kriminalgerichts, und am Auffälligsten zeigt sich diese Erscheinung in dem Schwurgerichtssaal, der in seinem ziemlich geräumigen Auditorium oft mehr als hundert Personen birgt. Daß dieser Umstand nun zu der allgemeinen Geschäftsstockung ebenfalls im Zusammenhange steht, erscheint nach der Ansicht der „Ger.-Ztg.“ mehr als wahrscheinlich. Auch schon ein flüchtiger Blick überzeugt, daß es einem großen Theil der Zuhörer nur darum zu thun ist, für einige Stunden einen warmen Aufenthalt zu haben, der nicht selten ungern geräumt wird. Neulich wich ein Inhaber des Zuhörerraums, der dem „Schlaf der Gerechten“ verfallen war, erst der Gewalt des Gerichtsboten, der ihn am Schlusse der Sitzung weckte. Es bedurfte überdies einer sehr dringlichen Aufforderung, um den Schläfer zu veranlassen, sein Quartier anderwärts zu nehmen.

---

* **Was ein Ball** für Geld unter die Leute bringt. Dies zu konstatiren, giebt sich der „Pariser Figaro“, angeblich nach besten Quellen, die Mühe, und zwar unter Zugrundelegung des letzten Opernhausballes. Danach sind an Entrée ausgegeben 145000 Fr., für Wagen 9200 Fr. Am Buffet sind ca. 2000 Fr. verzehrt. In den vier Restaurants Brehaud, Peters, le Helder, Hillo's sind 7000 Fr. verjubelt, eine gleiche Summe in den verschiedenen kleineren Nacht-Restaurants. An Kostümen und Domino's werden aufgezählt: Domino's, das Stück zu 30 Fr. Leihgeld, 75,000 Fr. Für Kostüme und die höchst eleganten Toiletten einige Hunderttausend Fr. Der Statistiker ist aber sehr penibel, er begnügt sich nicht mit den äußeren Toiletten, sondern geht „gründlich bis aufs Chemise. Unter dem Titel Blanchissage du linge berechnet er nämlich: 8000 Hemden a 40 Ct. = 3200 Fr. — 8000 Paar Strümpfe a 10 Ct. = 800 Fr. — 8000 Taschentücher a 10 Ct = 800 Fr. — 2000 Unterröcke, im Durchschnitt a 3 Fr. = 6000 Fr. — Für unsere Damen wird es interessant sein, zu erfahren, daß der pariser Statistiker 1000 Coiffüren im Durchschnitt a 5 Fr. = 5000 Fr. ansetzt, an Handschuhen 8000 Paare a 4 Fr., dies nur Durchschnittspreis, da viele Handschuhe 7 Fr. kosten; also 32,000 Fr. für die Bekleidung der Hände an einem Abend. Nun kommen 8000 Fr. Trinkgelder a 25 Ct. mit 2000 Fr., für die Portiers noch 800 Fr., und endlich diverse nicht zu berechnende kleine Ausgaben 50000 Fr., macht Summa Summarum für eine vergnügte Nacht in der Opéra: 494,800 Fr. Vive le plaisir!

Die Diskussion wird geschlossen. Als Antragsteller erhält das Wort Abg. Dr. Virchow: Wenn der Minister meinte, wir sollten den Antrag ablehnen, um nicht durch die Nichterfüllung vielleicht eine unangenehme Stimmung hervorzurufen, so meine ich, die Ablehnung würde die Folge haben, daß wir dadurch den Herrn Minister veranlassen, in der Sache gar nicht vorzugehen. Der einzige Fall, der dem Wunsche des Ministers entsprechen könnte, würde sein, daß ich selbst meinen Antrag mit einigen anerkennenden Worten für ihn zurückzöge. Ich habe ja den Ministern auch in der Konfliktszeit immer ein gewisses Vertrauen zu erkennen gegeben. (Heiterkeit.) Ich meine, er ist stark auf falscher Fährte, und das Haus muß ihn stark auf die entgegengesetzte Seite drängen. Wir haben es mit einem eminent politischen Akt zu thun, wir sind der Meinung, daß sich die Regierung zu stark in den Kulturkampf verbissen hat, und wünschen dem Gedanken der Versöhnung und des Vertrauens in höherem Maße Zugang zu verschaffen. Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß das Rheinland noch jetzt wie früher als Vorkämpfer des Liberalismus zu betrachten ist, daß ist wohl eine Verschiebung der sachlichen Verhältnisse. Ich war selbst Vertreter des Rheinlandes und weiß, wie es zugegangen ist, daß wir nicht mehr am rheinischen Liberalismus theilnehmen können. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung aber meint, daß dieses alte Kulturland so verändert sei, daß man es nicht ebenso wie die alten Provinzen behandeln könne, so ist das ein starkes Stück. Früher hätte man gesagt, die Kreisordnung ist wohl in den westlichen Provinzen möglich, aber nicht in den östlichen (Sehr wahr!) Es sind dort die Elemente und die Lust ebenso gut vorhanden, wie hier bei uns. Ist denn in der That der religiös politische Kampf eine solche Gefahr, daß ein Bedenken bestehen könnte ebenso wie im Osten vorzugehen? In Posen kann ich die Verhältnisse nicht so übersehen. Unsere dortigen Landsleute betrachten sich eigentlich als Bestandtheile einer fremden Nation und suchen von Deutschland loszukommen. Wenn sie die Rechte, die wir ihnen geben, zu diesem ihren Zwecke benutzten sollten, so käme ich allerdings in Verlegenheit bei meiner Entscheidung, denn ihre Politik ist eine so unsichere und schwankende, daß wir ihnen nicht gut Freiheit der Aktion geben können, besonders nachdem sie auf den unglücklichen Gedanken gekommen sind, zu sagen, daß sie ihre Blicke nach Osten wenden. Wir stehen ja mit Rußland ganz gut, so daß davon nicht allzuviel zu befürchten ist, aber eine große Gefahr für die Zukunft ist der Panslawismus doch.

Anders liegt die Sache mit der römischen Partei (Heiterkeit), allein da handelt es sich nicht um einen wirklichen Abfall, wenigstens wird man nicht an den Abfall zum Kirchenstaat ernstlich denken (Große Heiterkeit). Zeigen wir doch, daß der gegenwärtige Kampf nur auf dem kirchlichen Gebiete sich bewegt, daß es nicht ein eigentlich politischer Kampf im strengsten Sinne des Wortes ist. Lassen wir unsere Landsleute im Westen theilnehmen an der Freiheit, die wir erringen. Nehmen Sie den Antrag an und geben Sie damit dem Auslande ein markantes Zeichen, daß wir in diesem Kampfe den westlichen Provinzen nicht eine Ausnahmestellung geben wollen. Der Herr Minister wird seine Kollegen im Staatsministerium überzeugen, daß der Schritt ein nützlicher und wirklich politischer ist. Was die Eventualitäten der Verhandlungen im Herrenhause betrifft, so können wir die allerdings nicht übersehen, aber auch für die Provinzialordnung und das Dotationsgesetz nicht. Ich meine aber, wenn man die Möglichkeit hat, die Regierung zu zwingen, etwas gleich zu thun, was sie sonst erst später thun würde, so darf man eine solche Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, wenn man nicht einen großen politischen Fehler machen will.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Wenn der Abg. Virchow die Sache so darstellt, als machte ich Schwierigkeiten, um die Vorlage zu verzögern und bemühte mich die wahren Gesichtspunkte zu verstecken, so irrt er. Es ist gar keine Veranlassung zu supponiren, daß den von mir gegen den Antrag angeführten Gründen andere zur Seite ständen. Ich will wirklich nur auf die materiellen Schwierigkeiten hinweisen. Bedenken Sie, welche Mühen erforderlich waren, um die Gemeindeordnung von 1856 in die Kreisordnung hinein zu arbeiten. Wollen sie eine Kreisordnung für die westlichen Provinzen ausgearbeitet haben, so müssen Sie denselben Prozeß des Hineinarbeitens früherer Gesetze wiederholen, eine Arbeit die viele Monate in Anspruch nehmen würde und allein eine ganze Session beschäftigen könnte. Wollen Sie die Provinzialordnung für die alten Provinzen davon abhängig machen, so arbeiten Sie gradezu ins Blaue hinein.

Dadurch, daß der Minister nicht nur nach Schluß der Debatte, sondern nach dem letzten Wort des Antragstellers seine vorhin gethanen Aeußerungen noch einmal im Wesentlichen wiederholt, also noch einmal gesprochen hat, ist die Debatte wieder eröffnet, und es handelt sich darum, ob in diesem Moment ein Antrag auf Schluß überhaupt zulässig ist, oder ob unter allen Umständen vorher noch ein angemeldeter Redner soll sprechen dürfen. Diese Frage der Geschäftsordnung soll jetzt (um 4 Uhr, nach dreitägigen Debatten über die Provinzialordnung) zum ersten Male entschieden werden, der Abg. Windthorst (Meppen) besteht darauf, und zwar bedarf es dazu, da die Mehrheit für das Büreau nicht mit Sicherheit erkennbar ist, einer namentlichen Abstimmung, durch welche mit 179 gegen 161 Stimmen gegen Windthorst entschieden und die Frage verneint wird, daß noch ein angemeldeter Redner in der wieder eröffneten Diskussion das Wort erhalten muß, bevor über einen Schlußantrag abgestimmt werden kann. Nur der Antragsteller Virchow macht von seinem Recht, in diesem Stadium das Wort nach dem Minister zu verlangen, auch im vorliegenden Fall einen bescheidenen Gebrauch, wesentlich nur, um dieses Recht zu wahren, nicht um die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Endlich gelangt das Haus zur Entscheidung über den Antrag Virchow und zwar wiederum in Form namentlicher Abstimmung, die Abg. Uhlendorff beantragt hat. Der Antrag Virchow wird mit 292 gegen 28 Stimmen angenommen; gegen den Antrag Virchow haben gestimmt: v. Arnim, v. Bismarck (Flatow), v. Bismarck (Naugard), v. Brauchitsch, Brüel, Buddenberg, Clauswitz v. Cuny, v. Denzin, v. Gaudecker, Dr. v. Gerlach, v. d. Goltz, Hunaeus, Dr. Köhler (Göttingen), v. Köller, Lauenstein, v. Löper (Löpersdorf), v. Loeper (Georgendorf), Nöldechen, v. Oven, v. Roy, Scharnweber, Studnitz, v. Sybel, v. Tempelhof, Tviel, von Wedell (Malchow) und v. Wedell (Behlingsdorff)

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Gesetzentwurf betreffend die Provinz Berlin und die Dotation der Provinzen.)

Tagesübersicht.

Posen, 12. Februar.

Die erste nach dreitägiger Debatte gestern beendete Lesung der Provinzial-Ordnung hat die gesammte Reformfrage in die Diskussion gezogen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß das Zustandekommen der Reformgesetze, soweit dasselbe vom Abgeordnetenhause abhängt, vollständig gesichert ist, indem die großen Grundzüge der Reform allseitige Billigung fanden und über einzelne Punkte, bei welchen die Ansichten auseinandergehen, eine Verständigung in Aussicht genommen werden darf. Es ist von keiner Seite her eine Forderung die allgemeinerer Zustimmung sicher wäre, aufgestellt worden, welche von Seiten der Regierung als unannehmbar bezeichnet worden wäre. Wenn sich die große Mehrheit des Hauses dafür entscheidet, daß keine Sistirung der Reformgesetzgebung stattfinden solle, — die Zahl derjenigen Mitglieder, welche die Ausdehnung der Reform auf die westlichen Provinzen für unzeitgemäß halten, ist keine große — so ist jene Mehrheit doch nicht der Ansicht, daß nunmehr im strikten Sinne des Antrages Virchow vorzugehen sei, vielmehr bedeutet, sagt das Organ der nationalliberalen Partei, ihr Eintreten für den in diesem Antrage ausgesprochenen Gedanken: das Abgeordnetenhaus will nicht, daß die Kontinuität der Reformgesetzgebung aus politischen Rücksichten unterbrochen werde; die einzelnen Gesetze, welche zur Durchführung der Reform bestimmt sind, sollen in ihrer Zeitfolge lediglich durch Rücksichten auf die Technik der Gesetzgebung bestimmt sein. Am allerwenigsten ist die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aber der Ansicht, daß, weil nicht sofort eine auch die westlichen Provinzen umfassende Provinzialordnung zum Abschluß gebracht werden kann, nun die östlichen Provinzen mit der Ordnung ihrer Verhältnisse so lange zu warten hätten, bis auch für die westlichen Provinzen in gleicher Weise gesorgt werden könne.

Die „Lorbeeren" Lamarmora's haben einen andern Italiener nicht schlafen lassen. Schon vor einiger Zeit meldete die florenzer „Epoca", daß sie einen Briefwechsel zwischen Mazzini und Bismarck aus dem Jahre 1867 veröffentlichen werde. Gleich darauf wurde von Berlin aus erklärt, ein solcher Briefwechsel habe niemals stattgefunden. Die betreffenden Schriftstücke liegen jetzt im Wortlaut sämmtlich vor; danach können dieselben immerhin ächt sein und das berliner Dementi trifft doch zu: die Korrespondenz ist nämlich keine zwischen Mazzini und dem jetzigen deutschen Reichskanzler, sondern eine solche zwischen ersterem und dem damaligen norddeutschen Gesandten in Florenz, Grafen Usedom, gewechselte. Die Briefe bieten indeß wenig Interesse, da sie lediglich alte Geschichten aufwärmen. Wem ist nicht bekannt, daß in der Zwischenzeit von 1866 bis 1870 ein französisch-italienisches Bündniß in Paris geplant und in Deutschland geargwohnt wurde; daß ferner die italienische Aktionspartei der berliner Regierung Anerbietungen gemacht, für den Fall eines Krieges dem italienischen Kabinet im eigenen Lande zu schaffen zu machen? Eins fällt indeß auf, nämlich, daß der Briefwechsel jetzt veröffentlicht wird, wo die Wahrscheinlichkeit der Kaiserreise nach Italien immer näher rückt. Auch Lamarmora's Indiskretionen erschienen, als Victor Emanuel sich anschickte, nach Berlin zu reisen. Fast zu gleicher Zeit kommt eine Enthüllung aus Frankreich, was vermuthen läßt, daß die depossedirten Staatsmänner in Italien und Frankreich auf Verabredung arbeiten, um die Politik Bismarck's anzuschwärzen. Es handelt sich um ein Pamphlet des Herzogs Gramont, über welches die „Nat.-Z." wie folgt berichtet:

In diesem nach Form und Inhalt außerordentlich dürftigen Buche wird auf die „Enthüllungen" hingewiesen, welche demnächst über die preußische Politik in Italien erfolgen sollen und die offenbar keine anderen sind, als die jetzt von der Florentiner „Epoca" gebrachten Mittheilungen. Der französische Exminister, erzählt der oftererwähnte Herr Bernhardi, habe sich in Florenz und anderwärts in Italien 1866 mit den italienischen Demokraten in Bezug gesetzt, ihnen Geld vertheilt und dafür Nachrichten erhalten, die oft unrichtig, immer übertrieben gewesen seien, und die er direkt an Herrn v. Bismarck gesandt habe. Auch nach dem Kriege von 1866 habe Bernhardi seine Verbindungen mit der italienischen Demagogie fortgesetzt, habe die Exaltirtesten der Partei im Solde gehabt und es sei „beinahe" heute gewiß, daß er im Jahre 1867 der Anstifter und Schatzmeister der Expedition von Mentana gewesen sei. „Seine engen Beziehungen zu Garibaldi und den Personen seiner Sorte, seine damals von einem gewissen Geheimniß umgebenen Geldvertheilungen sind jüngst entschleiert worden und bald wird das Publikum die Erzählung wie die Belegstücke mit allen zeitgenössischen Enthüllungen lesen." Um diese paar Zeilen ist offenbar der Rest des Buches herumgeschrieben. Der Herzog von Gramont will sein Buch nicht mit den Enthüllungen selbst hinausgehen lassen, sondern „glissirt" dieselben in ein Florentiner „radikales" Blatt, das neu gegründet wurde. Möglicherweise nur für diesen Zweck. In dieser kunstvollen Inscenirung erkennt man die Hand, welche im Juli 1870 die Interpellationen über die Gotthardbahn und die Hohenzollernkandidatur so geschickt eingefädelt hatte. Die ganze Geschichte macht den Eindruck einer von langer Hand vorbereiteten Mine, die man jetzt springen läßt, ohne daß jedoch voraussichtlich mehr dabei herauskommen wird als etwas journalistischer Staubwirbel und einige Reden im Zentrum. Es ist nicht undenkbar, daß die in der letzten Zeit vielfach verbreiteten Gerüchte von Krankheit des Reichskanzlers oder gar Rücktrittsgedanken desselben, das tragikomische Sturmlaufen des Herzogs v. Gramont und Genossen provozirt haben, für die deutsche Nation wird wieder die Thatsache klar gestellt, daß je bitterer Jemand Deutschland haßt, er ein um so unversöhnlicherer Feind des Reichskanzlers ist. Diese Thatsache kann die Bande nur stärken, die Deutschland mit seinem leitenden Staatsmanne verbinden.

In Sachen Spaniens bringt die heute hier eingetroffene Nummer der „Kreuzztg." an hervorragender Stelle folgende wunderliche und offenbar auf Erfindung oder Mißverständniß beruhende Mittheilung: „Die Unterhandlungen zwischen dem König Alfons XII. und Don Carlos beziehen sich, wie es heißt, auf die Abtretung von Navarra und Guipuzcoa zu Gunsten des Letzteren." Wem könnte mit solcher Zweitheilung gedient sein?

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. Februar.

— Ein berliner Korrespondent schreibt, daß die deutschen Abgeordneten der Provinz Posen über die Einbrigung ihrer Kreisordnungsvorlage schwankend sind. „Sie beziehen sich auf das ertheilte Versprechen der Vertreter der Regierung, den betr. Gesetzentwurf für ihre Provinz einzubringen, und wollen vorläufig abwarten, ob dies geschieht."

— Zu dem in Hannover stattfindenden Delegirtentage Deutscher Baugewerksmeister hat der hiesige Baugewerkenverein „Posener Bauhütte" als seinen Vertreter Herrn Maurermeister Prausnitz deputirt.

— Die Vernehmung des Grafen Potulicki auf Potulice bei Nakel und des bei ihm weilenden Geistlichen Dziegiecki in Sachen des Geheimdelegaten vor dem Kreisgericht in Bromberg hatte kein Resultat. Beide Zeugen erklärten, daß sie die Person des Delegaten nicht kennen. Dem Termine wohnten der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt aus Gnesen an.

— **Städtische Bürgerschule.** Bezüglich des in Nr. 106 der gestrigen Morgenausgabe unserer Zeitung gebrachten Leitartikels: „Die polnische Presse und die polnische Sprache in der städtischen Bürgerschule zu Posen", können wir die Mittheilung machen, daß der betreffende Schüler Vincent Janiszewski bereits gestern am 12. Febr. c. wieder in seine Klasse aufgenommen worden ist; denn der in Rede stehende deutsche Zettel ist nunmehr nach Angabe des Knaben von seinem Vater, wenn auch mit der Bemerkung: „Kartki nie rozumiem" (den Zettel verstehe ich nicht), eigenhändig unterschrieben worden.

r. **Der Posener Kreditverein**, eingetragene Genossenschaft, hielt seine ordentliche Generalversammlung am 11. d. Mts. Abends im Handelssaale ab. Anwesend waren von 140 Mitgliedern, welche gegenwärtig der Verein zählt, nur 23, ein Beweis, daß die früheren bösen Erfahrungen, welche den Verein zu scharfer Wachsamkeit anspornen sollten, wenig genützt haben. Geleitet wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsraths, Kaufmann Ferd. Schmidt. Es wurde sofort in den ersten Gegenstand der Tagesordnung eingetreten, indem der Direktor des Vereins, Kaufmann C. Meyer, den Rechenschaftsbericht über die Geschäftszeit vom 9. Juni v. J. bis zum 31. Dezember v. J. verlas. Der Bericht hebt anerkennend hervor, mit welchem Vertrauen trotz der Erfahrungen, die man mit dem Vorschußvereine gemacht, das Publikum dem neuen Kreditvereine entgegengekommen sei, indem gerade viele ehemalige Mitglieder des Vorschußvereins dem neuen Vereine beigetreten seien. Der letztere hat sich in der kurzen Zeit seiner Geschäftsthätigkeit recht gedeihlich entwickelt, wenn auch die nach der Bilanz sich herausstellenden Ueberschüsse gegenüber großen Unkosten und Zinsausgaben nur gering sind und sein können. Der Verein ist durch den unerwarteten reichlichen Zufluß von Depositen und Sparkassengeldern, sowie durch die in beträchtlicher Höhe gemachten Einlagen in die Lage versetzt worden, dem Kredit-Bedürfnisse seiner Mitglieder in jeder Beziehung gerecht werden zu können. Der Vorstand hat es sich zur Aufgabe gestellt, sich streng an die statutarischen Bestimmungen zu halten, die eingegangenen Darlehnsgesuche im Verein mit den Mitgliedern des Aufsichts-Raths der sorgfältigsten und gewissenhaftesten Prüfung zu unterziehen, um auf diese Weise den Verein vor Verlusten zu schützen. Der Verein zählte bei der Gründung 46 Mitglieder; es traten im Laufe des Geschäftsjahrs hinzu 94, und schieden aus 7, so daß Ende v. J. die Mitgliederanzahl 133 betrug. Diesen Mitgliedern wurden insgesammt 62,091 Thlr. Darlehen bewilligt. Das unkündbare Vereinsvermögen resp. das Mitglieder-Guthaben beträgt 4785 Thlr. Der Aufsichtsrath hat monatlich die Bücher und die Kasse revidirt; außerdem hat die von der Generalversammlung gewählte Revisionskommission am 17. Oktober v. J. eine außerordentliche Revision abgehalten, und ist vom Aufsichtsrath wie von der Revisionskommission die Geschäfts-, Buch- und Kassenführung in vorschriftsmäßiger Ordnung befunden worden. Als stille Theilnehmer sind dem Verein 5 Personen mit 1200 Thlr. Kapital beigetreten. Depositengelder haben 61 Personen mit 13,050 Thlr., Sparkassengelder [illegible] Personen mit 729 Thlr. bei dem Vereine niedergelegt. Aus der General-Bilanz geht hervor, daß diese in Einnahme und Ausgabe mit 24,455 Thlr. abschließt, daß der Bruttogewinn 871 Thlr. beträgt (wovon 13 Thlr. Provisionskonto, 66 Thlr. Effektenkonto, 781 Thlr. Wechselkonto, 11 Thlr. Lombardkonto), wovon abgehen 377 Thlr. Unkostenkonto, 398 Interessenkonto, 2 Thlr. Utensilienkonto, so daß demnach ein Reingewinn von 94 Thlrn. verbleibt. Nach Verlesung dieses Berichts wurde von der Versammlung dem Vorstande Decharge ertheilt. Der Vorsitzende beantragte alsdann, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß von dem Reingewinn von 94 Thlr. dem Reservefonds 14 Thlr. überwiesen, dem ersten Direktor 40 Thlr., dem zweiten Direktor 10 Thlr. und dem Kontroleur 30 Thlr. an Remuneration gewährt werden möchten. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. — Es wurden alsdann an Stelle von ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsraths gewählt: Glasermeister Eduard Weiß, Kaufmann Aug. Brecht und Kupferschmiedemeister Werner; zu Stellvertretern: Tischlermeister Dietrich, Maurermeister Ballmann, Professor Fahle; zu Mitgliedern der Einschätzungskommission: Kaufmann Ed. Stiller, Ofenfabrikant Ed. Wagner, Brauereibesitzer Friese; zu Mitgliedern der Revisionskommission: Kaufmann B. Andersch, Kaufmann L. Salomonsohn, Prokurist Kopp; zu Stellvertretern für die Revisionskommission: Kaufmann Ed. Krug, Kaufmann Ad. Asch. — Nachdem hierauf das Revisionsprotokoll vom 17. Oktober v. J. verlesen worden, drückte die Versammlung dem Vorstande ihren Dank durch Erheben von den Sitzen aus.

r. **Der Verband sämmtlicher Tischler-Arbeiter** und Fachgenossen hatte, wie bereits neulich mitgetheilt, am Dienstage im Herforth'schen Saale eine Versammlung veranstaltet, in welcher der Delegirte, Tischlermeister Brandes aus Berlin, in Betreff der Bestrebungen des Verbands Auseinandersetzungen gab. Zu der Versammlung waren nicht blos Tischlermeister, sondern auch andere Gewerksmeister aus unserer Stadt und Provinz erschienen. Nachdem der Aeltermeister der hiesigen Tischlerinnung, Tischlermeister Krause, die Versammlung eröffnet und begrüßt hatte, begann Tischlermeister Brandes seinen Vortrag, der gegen zwei Stunden dauerte. Derselbe berichtete zunächst über diejenigen Schritte, welche das Zentralkomite des Verbandes zur Erreichung seiner Ziele bis jetzt unternommen hat. Es ist eine Petition an den Reichstag gerichtet worden, in welcher petitionirt wurde 1) um Wiedereinführung der Prüfungspflicht für Lehrlinge, 2) um Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen, 3) um Regelung der Krankenkassen für Gesellen und Fabrikarbeiter, 4) um Einführung von Arbeits-Kontrollbüchern, 5) um Errichtung von Handwerkerkammern, 6) um Einführung von obligatorischen gewerblichen Schiedsgerichten, deren Einführung bisher nur fakultativ war. Nachdem der Reichstag die Anträge ad 1) und 2) abgelehnt, weil er sich nicht als kompetent für die Erledigung derselben erachte, und auch die übrigen Anträge nicht genügend erledigt hatte, petitionirte das Zentralkomite beim zweiten Reichstage um Aufhebung des § 115 der Gewerbeordnung, welcher lautet: „Als Lehrling ist Jeder zu betrachten, welcher bei einem Lehrherrn zur Erlernung eines Gewerbes in Arbeit tritt, ohne Unterschied, ob die Erlernung gegen Lehrgeld oder unentgeltliche Hülfeleistung stattfindet, oder ob für die Arbeit Lohn gezahlt wird." Dieser Paragraph befreit den Lehrling von verschiedenen früheren Pflichten, während die folgenden Paragraphen der Gewerbeordnung dem Meister Pflichten auferlegen, welche derselbe früher nicht zu erfüllen hatte. In der Petition war ferner gesetzliche Bestrafung des Kontraktbruchs beantragt. Doch wurde auch diese Petition vom Reichstage abgelehnt und den Antragstellern in Betr. der Fortbildungsschulen der Rath ertheilt, sich an die Landtage der einzelnen Staaten zu wenden; die Angelegenheit in Betr. der gewerblichen Schiedsgerichte wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Der Vortragende machte auf die Nothwendigkeit aufmerksam, daß die Handwerksgenossen trotz des Fehlschlagens dieser Petitionen nicht muthlos würden, vielmehr ihre berechtigten Wünsche stets aufs Neue geltend machten, und dahin strebten, Handwerker als Vertreter ihrer Interessen in den Reichstag, in das Abgeordnetenhaus, sowie in die Stadtverordnetenversammlungen zu entsenden. Vor Allem aber müßten die Handwerker mehr Interesse für ihre eigenen Angelegenheiten offenbaren. Um vornämlich der Kontraktbrüchigkeit der Arbeitnehmer, durch welche die Interessen der Arbeitgeber in höchstem Maaße geschädigt werden, entgegenzutreten, werde es sich empfehlen, daß derjenige Arbeitgeber, welcher einen Arbeitnehmer ohne Legitimation darüber, daß dieser seinen bisherigen Verpflichtungen nachgekommen sei, in Arbeit nehme, durch Solidarhaft gezwungen werde, dem geschädigten Arbeitgeber für den entstandenen Schaden aufzukommen. Es ist Aussicht vorhanden, daß dies Prinzip der Solidarität zur Anwendung kommen werde; auch ist bereits im Reichstage eine freie Kommission zusammengetreten, um darüber zu berathen, auf welche Weise ein besseres Verhältniß zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen herbeigeführt werden könne. — Der Vortragende hob alsdann hervor, daß das Verhältniß zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen gegenwärtig ein unerträgliches sei; die Gesellen arbeiten trotz viel kürzerer Arbeitszeit unlustig und träge, und die Lehrlinge lernen in Folge der gelockerten Verhältnisse weniger; die Handwerksmeister dagegen verleiten, veranlaßt durch den Mangel an Lehrlingen, dieselben zum Kontraktbruch und entziehen sie auf diese Weise ihren zuständigen Meistern, verlangen außerdem aber auch häufig zu viel von ihren Lehrlingen, und sorgen zu wenig für deren Ausbildung. Es würde sich daher empfehlen, daß, wie dies bereits z. B. in Liegnitz eingeführt sei, die Lehrlinge alljährlich Probestücke anfertigen, welche zu einer Ausstellung vereinigt werden, und von denen die tüchtigsten prämiirt werden. Ferner lenkte der Redner die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer auf eine zu errichtende Feuerkasse für sämmtliche Tischler Deutschlands, und forderte zu recht zahlreichem Beitritte auf, da die bestehenden Feuerversicherungsgesellschaften für die Tischler unvortheilhaft seien; die neue Feuerkasse werde auf dem Prinzipe der Gegenseitigkeit beruhen. Schließlich empfahl der Redner sämmtlichen Handwerksgenossen, um sich fortzubilden und um über ihre eigenen Interessen unterrichtet zu sein, das Lesen der „Gewerbezeitung". — Die Versammlung sprach dem Redner nach Beendigung seines Vortrages ihren Dank durch Erheben von den Sitzen aus.

(Beilage.)

↗ **Mißhandlungen.** Vor einigen Tagen fielen zwei Knechte aus Jerzyce einen Zimmermann auf der Berliner Chaussee an und mißhandelten denselben. — Zwei Knechte von der Wilda fingen am 7. d. M. in einer Schänke auf der Oberwilda eine Prügelei an und mißhandelten dabei einen Fuhrmann von Oberwilda. — Ein hiesiger Maler wurde am 8. d. M. von einem jungen Menschen auf der Halbdorfstraße angefallen und ohne Grund am Auge erheblich verletzt.

— **Polizeibericht.** Verloren: 1 schwarzes Tuch Jaquet, 1 Pelzkragen, 1 goldener Ohrring und 1 goldenes Armband. Gefunden: 1 Degentülle, 1 Nerzmuffe, 1 Haarbürste, 1 Kinderpelzkragen, 1 Geldbeutel mit Inhalt. Polizeilich abgeliefert: ein Rock, eine Hose und eine Weste aus schwarzgrauem Tuche.

— **Bromberger Hafenbau-Gesellschaft.** Die konstituirende Generalversammlung für die bromberger Hafenbau-Gesellschaft fand am Montage, 8. Febr. c., Vormittags, im Saale des „Norddeutschen Hofes“ in Berlin statt. Die Aktionäre waren zahlreich erschienen, als Kommissarien der Regierung waren drei Räthe des Handelsministeriums anwesend. Nachdem die Aktionäre aufgefordert worden waren, nochmals die Höhe ihrer Zeichnungen anzuerkennen, stellte sich heraus, daß die gezeichnete Summe nicht ganz die nothwendige Höhe von 500,000 Thlr. erreichte. Es wurde nunmehr die noch fehlende Summe von den Anwesenden aufgebracht, die Zahlung der im Gesetz vorgeschriebenen 10 pCt. der Totalsumme als geschehen nachgewiesen und nachdem auch noch das Statut verlesen und von den Aktionären gleichzeitig durch Namensunterschrift anerkannt war, die Gesellschaft durch den anwesenden Notar Justizr. Laue als konstituirt proklamirt. Der Kommissarius der Regierung, Geh. Oberbaurath Scheel, gratulirte der Versammlung zu dem Zustandekommen des Werkes und zur Erfüllung dieses so lange gehegten Wunsches. Nachdem noch der Aufsichtsrath, aus fünf Personen bestehend, unter denen sich auch der Oberbürgermeister Boie in Bromberg befindet, gewählt war, wurden demselben noch von einzelnen Aktionären einige Wünsche bezüglich der Abänderung des Statuts vorgetragen. Alsdann die Versammlung geschlossen.

— **Kempener Obligationen.** Der „Staatsanz.“ publizirt ein Privilegium wegen eventueller Ausfertigung auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Kempen bis zum Betrage von 135,000 Mark Reichswährung. Dasselbe ist vom 16 Dez. 1874 datirt und gewährt der Stadt Kempen eine Anleihe in obiger Höhe aus dem Reichs-Invalidenfonds. Die Summe soll zum Ankauf einer Gasanstalt, zum Bau einer neuen Straße und zur Bezahlung der alten Schuld der Stadt verwendet werden. Die Obligationen, welche in Appoints zu 3000, 1500, 600, 300 und 200 Mark ausgestellt werden, sind mit 4½ pCt. jährlich zu verzinsen.

g **Jutroschin,** 11. Februar. [Eisenbahnprojekt.] Bereits im Jahre 1869 ist beim Handelsministerium um Genehmigung der Vorarbeiten für eine Eisenbahnlinie von Kalisch über Krotoschin, Jutroschin, Rawitsch, Herrnstadt, Köben, Polkwitz nach Kohlfurth und Bautzen, resp. Rawitsch-Glogau ersucht und darauf der Bescheid geworden, daß zur Zeit eine nähere Bestimmung darüber noch nicht getroffen werden könne. Da sich jetzt die Städte und sonstigen Ortschaften von Liegnitz aus über Militsch nach Kalisch um die Genehmigung der qu. Vorarbeiten bewerben, die höchste Militärbehörde aber der ganz direkten Linie Warschau-Kalisch-Dresden (in welcher außer Krotoschin auch Jutroschin und Rawitsch liegen) den Vorzug gegeben, so ist vom Urkomite der Eisenbahnlinie Glogau-Reichenberg-Zittau u. a. auch an den hiesigen Magistrat die Aufforderung ergangen, ein Komite zu bilden, welches beim Handelsministerium die Genehmigung zur Vornahme von Vorarbeiten nachsuche. In Folge dessen fand gestern eine besondere Stadtverordnetensitzung statt, in welcher das obengenannte Komite benachrichtigt wurde, daß die Vertreter der Kommune dem Projekt mit Freuden beitreten, dasselbe mit allen Kräften unterstützen und die seiner Zeit zu diesem Zwecke stattfindende Generalversammlung durch einen Delegirten beschicken werden. Daß dieses Projekt hier eine allgemeine Befriedigung hervorgerufen hat, läßt sich denken. Würde doch die Ausführung desselben unserem so abgeschlossenen Städtchen und seiner Umgegend von unberechenbarem Nutzen sein. Möge die Kommune, mögen die umwohnenden Grundbesitzer, mögen Fürst Czartoryski und der Kreistag kein Opfer scheuen! Es liegt im Interesse eines Jeden, daß das Projekt zu Stande komme.

k. **Schneidemühl,** 10. Februar. [Posen-Kolberger Bahn. Kupffender. Geselliges.] In Betreff der Ausführung der Eisenbahnlinie Posen-Kolberg steht nunmehr definitiv fest, daß die Strecke Schneidemühl-Posen über Dziembowo (Rittergut des Herrn von Klitzing) Chodschesen, Rogasen ꝛc. zur Ausführung gelangt. Ueber die der Richtung Schneidemühl-Kolberg jedoch ist, wie ich höre, noch keine Entscheidung getroffen. Die öffentliche Meinung hat sich für die Richtung Schneidemühl-Deutsch Krone entschieden, doch scheint es, als ob die Richtung Schneidemühl-Jastrow mehr Aussicht auf Erfolg hätte. — In Betreff der Versetzung des hies. Kreisgerichts-Direktors Herrn Kupffender, welche man bereits zum 1. Januar d. J. erwartete, kann ich nunmehr mit Bestimmtheit melden, daß Herr Kupffender bis auf Weiteres in unserer Stadt verbleibt. — Die Faschingszeit ist sowohl von Vereinen als in Privatkreisen durch Bälle und Kränzchen ausgefüllt worden, und noch stehen mehrere Vergnügungen in Aussicht. Der polytechnische Verein veranstaltet am 20. d. M. einen Maskenball, welcher eine äußerst rege Betheiligung verspricht. Auch unsere polnischen Katholiken tanzen trotz der „schweren Zeiten“ und der Klagerufe des „Kuryer“ flott mit.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Das berliner Holzgeschäft.** Von den Geschäftszweigen, welche einerseits durch die Geldkalamitäten, andererseits durch die hohen Löhne stark beeinflußt wurden, hat wohl keines im Jahre 1874 so hart gelitten, wie der berliner Holzhandel. Von einem mit der Branche sehr wohl vertrauten Referenten wird über das Holzgeschäft des Jahres 1874 Folgendes berichtet: „Schwieriger und theurer Einkauf des Rundholzes, mühsame und vertheuerte Verschiffung in Folge der niedrigen Wasserstände, endlich überaus schwerfälliger Absatz der geschnittenen Waare machte das Holzgeschäft im Jahre 1874 zu einem wenig lohnenden. Augenblicklich hebt sich dasselbe wieder etwas; Axt und Hobel sind in voller Thätigkeit, Tischler und Zimmermann kaufen Rohmaterial und nach langer Zeit belebt sich endlich der Platzhandel wieder. Der berliner Bretterhandel ist überwiegend abhängig von den Preisen, welche für das Rundholz auf dem lieper See resp. für die geschnittene Waare auf den großen Schneidemühlen bei Liepe angelegt werden. Für Berlin sind allein die polnischen und ostpreußischen angeschwemmten Hölzer maßgebend. Der Verbrauch nicht geflößter, d. i. Borkhölzer, ist gegen den geflößter, d. h. Wasserhölzer, verschwindend klein. Nur einzelne Bautischler verarbeiten Borkhölzer zu Fenster und Thüren, das Gros dieses Zweiges zieht das milde Wasserholz vor, und was die Möbelfabrikation anbetrifft, so nimmt sie ausschließlich nur Wasserholz zur Verarbeitung. Gegenwärtig werden am lieper See horrible Preise verlangt. Feine Schneidekiefern sind wenig vorhanden und müssen mit 85–88 Pfennige pro Kubikfuß bezahlt werden. Balken- und Kantholz scheint wenig belebt zu werden, da nur geringe Bauten in Aussicht stehen. Die Tischlerei erhebt sich langsam von den Strikes und beginnt jetzt wieder mit den auswärtigen Fabriken zu konkurriren.“

Vermischtes.

* **Berlin,** 9. Februar. [Frau Lucca. Döring.] Den mannichfachen Versionen gegenüber, welche die Nachricht erfahren hat, Frau Lucca würde wieder nach Berlin und an die Stätte ehemaliger Triumphe zurückkehren, theilt der „Börs.-C.“ Folgendes mit: Es haben nicht nur Verhandlungen über ein derartiges Wiederengagement geschwebt, sondern der Generalintendant Herr von Hülsen hat auch über die Angelegenheit bei dem Kaiser Vortrag gehabt. Der Kaiser hat hierbei geäußert — es ist dies eine Aeußerung, die als vollständig verbürgt mitgetheilt wird — „ich würde gar nichts gegen eine Wiederkehr der Frau Lucca einzuwenden haben; im Gegentheil. Nur würde es mir leid thun, wenn die Berliner sie unfreundlich behandeln würden.“ So liegen die Dinge. Eine „goldene Brücke“ ist der ci-devant Berlinmüden Primadonna somit gebaut und — wenn sie es verstände, Vergangenes vergangen sein zu lassen, wenn sie in Bezug auf ihre Stellung dem Publikum gegenüber „Manches gelernt und Manches vergessen“ hätte, würde es schließlich mit der Unfreundlichkeit des berliner Publikums wohl auch nicht gar so schlimm bestellt sein. — Der Königl. Hofschauspieler Theodor Döring läßt folgendes Dankschreiben veröffentlichen: „Den Bühnenvorständen, den Collegen, dem Publikum, so vielen gütigen Freunden und Bekannten, die bei Gelegenheit meines Jubiläums mich mit den mannichfaltigsten Beweisen der Theilnahme überhäuft, mir den schönsten Lohn gereicht haben, welcher dem Künstler zu Theil werden kann: sage ich aus tief gerührtem Herzen meinen innigsten Dank. Die Erinnerung an jenes Fest und an Alle, die es bereitet, wird für die mir noch übrigen Tage mein köstlichster Besitz bleiben.“

* **Eine Monstredenunziation,** die augenblicklich der berliner Kriminalpolizei vorliegt, dürfte, wenn dieselbe Veranlassung zu Recherchen geben sollte, wohl geeignet sein, allgemeine Panik unter den Spekulanten an der Kornbörse hervorzurufen. Ein Getreidehändler aus der Provinz, der die berliner Börse besucht, hat nämlich seit Jahren und bis in die neueste Zeit die Manipulationen der größeren berliner Getreidehändler beobachtet, seine Erfahrungen, soweit sie strafbare Handlungen betreffen, zusammengetragen und dieses zu einem starken Buch angewachsene Schriftstück der Kriminalpolizei über[illegible], um zu prüfen, wie weit dieselben zu strafrechtlichen Verfolgungen gegen mehrere der größeren Spekulanten, wegen Betruges Veranlassung geben. Ein Beamter ist, wie berliner Blätter melden, gegenwärtig mit dem Studium dieses Schriftstückes beschäftigt.

* **Statistik der Lokomotiven.** Aus dem Berichte des Direktors des statistischen Bureaus entnehmen wir die Gesammtzahl der gegenwärtig auf der Erde in Verwendung befindlichen Lokomotiven. Es haben: die Vereinigten Staaten 14,233, England 10,933 Deutsches Reich 5927, Rußland 2684, Oesterreich 2369, Ungarn 506, Frankreich 4933, Ostindien 1323, Italien 1172 Stück ꝛc. Gesammtzahl sämmtlicher Lokomotiven 50 000 in runder Zahl. Durch Pferdekräfte ausgedrückt, würde die Leistung aller Lokomotiven ungefähr zehn Millionen Pferdekräften entsprechen.

* **Gesellschaftsreise.** Am 30. März c. wird unter der Leitung des Carl Stangen'schen Reisebureaus von Berlin aus eine Gesellschaftsreise nach Italien angetreten, welche über Wien, Adelsberg, Triest, Venedig, Florenz, Rom, Neapel, Pisa, Bologna, Genua, Turin, Mailand, Verona, Innsbruck und München führt. Nach dem Programm, welches gratis ausgegeben wird, kostet die Reise für Fahrt, Führung, Verpflegung und für die Transportmittel bei den Ausflügen 315 Thlr. (945 Mark). Sie dauert 38 Tage und fällt somit in die schöne Jahreszeit, in welcher die Vegetation Italiens in voller Entwickelung steht.

* **Schauspieler und Publikum** stehen in Guben auf recht gemüthlichem Fuße. Görlitzer Blätter schreiben aus Guben: Die hier seit Oktober v. J. befindliche Schauspielergesellschaft unter Direktion der Wittwe Weihe, tritt mit dem 15. d. M. von unserer Bühne ab. Es ist dies auch die höchste Zeit. Der Rezensent eines hiesigen Blattes hatte hin und wieder einige tadelnde Bemerkungen gemacht, wofür ihm von der Direktion die Anweisung zuging, seine Rezensionen dem technischen Direktor Brandt zur vorherigen Durchsicht resp. Berichtigung vorzulegen. Da dies selbstverständlich abgelehnt wurde, so entzog die Direktion dem Rezensenten das Freibillet und verbot demselben sogar den Besuch des Theaters gegen Bezahlung. Es wurde außerdem von der Bühne herab in einigen Couplets auf den Rezensenten gestichelt. Mehrere junge Leute, worunter auch Beamte der Märkisch-Posener Bahn, welche in diesem Kriege auf Seiten des Rezensenten stehen, erschienen in der gestrigen Vorstellung mit Pfeifen bewaffnet, und als die Soubrette, welche die qu. Couplets vorgetragen, auf die Bühne trat, ging aus allen Richtungen ein Pfeifen los, daß man sich hätte die Ohren zuhalten mögen. Die Schauspielerin theilte dem Publikum hierauf mit, daß sie in den betreffenden Couplets übereilt gesprochen und von der Direktion eine Rüge hierüber erhalten habe. Damit schien der Frieden wieder hergestellt. Im zweiten Akt erschien jedoch der Komiker mit zwei kleinen Pfeifen an einer um den Hals hängenden Schnur, trug ein Liedchen vor, in welchem die Strophe eingeschaltet war: „Den Vogel erkennt man an den Federn, die Märkisch Posener am —“ hierauf griff er zu den Pfeifen und pfiff nach Herzenslust. Der jetzt folgende Auftritt läßt sich kaum beschreiben. Das Publikum theilte sich in zwei Parteien, welche schrieen „Bravo“, welche „Maul halten, Ohrfeigen“, „Polizei“, „herunter von der Bühne“, „Lumpenpack“ u. s. w. Endlich verstand man kein Wort mehr, das Gebrüll war in ein allgemeines Wuthgeheul ausgebrochen. Die Polizeibeamten suchten diesen oder jenen Hauptschreier an die Luft zu setzen. Auf dem Platze vor dem Theater gab es zur Würze des Abends Keile.

Briefkasten.

Herrn J. in W. Es richtet sich ganz nach der Höhe des Diensteinkommens, wie viel Prozent von demselben ein Beamter als Kommunalabgabe zu entrichten hat. Je niedriger das Gehalt, desto niedriger auch der Prozentsatz der Steuer, indem hierbei dieselben Sätze geltend sind wie bei der Veranlagung zur Klassensteuer, jedoch mit dem Unterschiede, daß zur Klassensteuer die mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten ꝛc. von ihrem vollen Gehalte, zur Kommunal-Einkommensteuer dagegen nach dem Gesetze vom 11. Juli 1822 nur von der Hälfte ihres Gehaltes herangezogen werden. In keinem Falle hat der mittelbare und unmittelbare Staatsbeamte mehr als 2 pCt. seines Gehaltes an Kommunal-Einkommensteuer zu entrichten. — Zur Schulsteuer, wo dieselbe überhaupt existirt, wird der Beamte von seinem ganzen Gehalte herangezogen, und zwar ist hierbei der Betrag der Klassensteuer, welche er zu zahlen hat, maßgebend, indem ein bestimmter Prozentsatz von diesem Betrage an Schulsteuer zu entrichten ist. Insofern nun der Staatsbeamte von seinem ganzen Gehalte zur Klassensteuer herangezogen wird, ist demnach auch die Schulsteuer mittelbar vom ganzen Gehalte zu zahlen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 12. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte heut die erste Lesung der Vorlagen über die Verfassung und Verwaltung der Provinz Berlin und über die Dotation der Provinzial- und Kreisverbände. Die Gesetzentwürfe betreffend die Provinzialordnung und die Verfassung der Verwaltungsgerichte, sowie die Provinz Berlin, wurden nach Laskers Antrag an eine 21gliedrige Kommission verwiesen, welche für die beiden letztgenannten Gesetze durch sieben technische Mitglieder des Hauses verstärkt wird. Das Dotationsgesetz ging an eine besondere einundzwanzigliedrige Kommission. Bei der Berathung desselben nahmen der Handelsminister, der landwirthschaftliche und der Finanzminister nach einander das Wort, um die aus zu geringer Dotirung der Provinzen hergeleiteten Bedenken zu widerlegen. Beim Beginn der Sitzung zeigte Präsident v. Bennigsen den gestern in Frankfurt erfolgten Tod des Abgeordneten v. Savigny an.

Versailles, 12 Febr. In der Nationalversammlung erklärte Lefévre bei der zweiten Lesung des Senatsgesetzes, die konstitutionelle Kommission habe kein Interesse, an der Debatte theilzunehmen, behalte sich aber vor, geeigneten Falls einzugreifen. Der Vizeministerpräsident erklärte, Mac Mahon habe das Kabinet angewiesen, sich in die Berathung nicht einzumischen. Das Kabinet halte sich aber zu der Erklärung verpflichtet, daß der gestrige Beschluß zu einer Senatsbildung führen würde, welche die Konservativ-Interessen schädige. Es gebe diese Erklärung ab, bevor ein definitiver Beschluß gefaßt sei.

Das der Deutschen Transatlantischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft (Adler-Linie) in Hamburg gehörende Post-Dampfschiff „Lessing“, Kapitän Toosbuy, trat am 11. Februar seine erste diesjährige Reise mit Passagieren, Post und Ladung von Hamburg direkt ohne Zwischenhäfen anzulaufen nach Newyork an.

Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 1561 die Firma **D. S. Diamant**, Ort der Niederlassung Posen, und als deren Inhaber der Kaufmann **Salomon Diamant** zu Posen, zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 8. Februar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Modrze** unter **Nr. 17** belegene, im Besitze des Mathias **Nowak** befindliche Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 13 Hektaren 42 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 134 M. 4 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 90 M veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Donnerstag den 15. April d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale der Gerichtstags-Kommission in Stenschewo versteigert werden.

Posen, den 23. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhastations-Richter.

gez. **Keyl.**

Nothwendiger Verkauf

Das in dem Dorfe **Wysogotowo** unter Nr. 9 B. belegene, den **Jacob** und **Marianna** geborene **Perz Stefaniak**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 8 Hektaren 84 Aren 80 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 59 Mk. 67 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 45 Mk. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Dienstag den 27. April d. J.

Vormittags um 10 Uhr

im Lokale des hiesigen Kreisgerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 3. Februar 1875.

Königliches Kreis-Gericht,

Der Subhastations-Richter.

gez. Keyl.

Nothwendiger Verkauf

Das in dem Dorfe **Chomęcice** unter Nr 38 belegene, den **Peter** und **Magdalene** geb. **Adamczak Nowak**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 15 Hektaren 43 Aren 10 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 189 Mk. 54 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von **45 Mk.** veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Dienstag den 13. April d. J.

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des königlichen Kreisgerichts hier, Zimmer Nr. 3, versteigert werden.

Posen, den 26. Januar 1875.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastationsrichter.

gez. **Keyl.**

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Altstadt **Posen** unter Nr. 329 (Judenstraße Nr. 7) belegene, dem Kaufmann **Gustav Bernstein** gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 540 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Donnerstag, den 22. April d. J.

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königl. Kreis-Gerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 1. Februar 1875.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

gez. **Keyl.**

Auktion.

Im Auftrage des Königlichen Kreis-Gerichts werde ich **Dienstag den 16. Febr. d. J.,** Vormitt. 11 Uhr, hierselbst

4 Kutschpferde (Schimmel), 4 Geschirre, 1 Kutsche, 1 Fortepiano und verschiedene Möbel

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 11. Febr. 1875.

Schroeder, Auktions-Kommissar.

Die dritte **Lehrerstelle** an der hiesigen kombinirten jüdisch-evangelischen Schule mit einem Einkommen von 900 Mark p. a. ist sofort zu besetzen. Bewerber, die den jüdischen Religions-Unterricht zu ertheilen berechtigt sind, erhalten den Vorzug.

Gollantsch, den 10. Februar 1875.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Königlichen Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen, wird das frühere Thorkontrole-Grundstück am Posener Eingange zu Gnesen, bestehend aus einem Vorderhause, Hofraum und Stallgebäude, im Amtsgelasse des Steueramts zu Gnesen

am 2. März d. J.

Vormittags 10 Uhr

an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höhern Zuschlags verkauft werden.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 900 Mark baar oder in Staatspapieren nach dem Courswerthe bei dem Steueramte in Gnesen niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Lizitations- und Verkaufsbedingungen, die Werthtaxe, die Baubeschreibung und Bauzeichnung können sowohl bei uns, als bei dem Steuer-Amte zu Gnesen von heute an während der Dienststunden eingesehen werden.

Strzalkowo, d. 3. Februar 1875.

Königl. Haupt-Zoll-Amt.

Das Grundstück Nr. 115 zu Gnesen, der Post gegenüber, in welchem sich gegenwärtig die v. Loga'sche Konditorei befindet, ist unter mäßigen Bedingungen zu verkaufen. Die faktische Uebernahme kann am 1. Mai d. J. stattfinden. Näheres durch

Albert Schlarbaum.

Ein seit langen Jahren bestehendes, in **bester** Lage **Berlins** belegenes

Juwelen-, Gold- und Silberwaaren-Geschäft

ist unter **vortheilhaftesten** Bedingungen zu **verkaufen.** Gefällige Offerten unter **P. G. 767** an **Haasenstein & Vogler** in **Berlin** SW. zu richten. (Hc. 1543.)

Kapitalien

jeder Höhe sind auf **hiesige** Grundstücke und auf **Güter** unmittelbar hinter der Landschaft zu vergeben durch

Bernhardt Asch.

Tüchtige Agenten, welche sich gegen hohe Provision mit dem Verkauf von gesetzlich gestatteten Prämien-Anlehensloosen gegen monatliche Theilzahlung befassen wollen, werden von einem **ersten** Bankinstitut (Aktiengesellschaft) **gesucht.**

Gef. Offerten nimmt die **Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse, Breslau,** unter Chiffre **X. 1023** entgegen.

Röhr- u Schenkelknochen werden gesucht. Adr. bef. sub **F. R. 643 Rudolf Mosse,** Berlin W.

Glorreicher Sieg!

Obgleich die immensen Erfolge des berühmten Originalmeisterwerkes „Der Jugendspiegel" diesem wahrhaft nützlichen Buche viele Feinde und Neider geschaffen und leider auch mehrere werthlose Nachahmungen (meist Uebersetzungen aus längst veralteten englischen Schriften) hervorgerufen haben, so hat doch die über allen Zweifel erhabene und viel tausendfach bewährte Nützlichkeit des Jugendspiegels (Preis 2 Mark, Volksausgabe nur

50 Pf.

einzig und allein das Feld behauptet, da hier zum ersten Male eine wahrhaft rationelle Kurmethode für die unglücklichen Opfer geheimer Selbstbefleckung (Onanie) nachgewiesen wird. Daher braucht kein solcher Leidender mehr zu verzagen, indem Jeder geheilt werden und seine vollständige Gesundheit wieder erlangen kann. Man präge sich den Titel „Jugendspiegel" und die Adresse: W. Bernhardi, Berlin S. W., Simeonstraße 2, ein, um nicht durch den Ankauf ähnlich betitelter, aber völlig werthloser Schriften geschädigt zu werden.

Eine **Milchpacht** sofort oder zum 1. April wird gesucht. Gefällige Offerten nimmt die Exped. d. Ztg. unter **E. T.** entgegen.

Ein Laden in frequenter Gegend ist hier zu verm. Näheres **C. P. 25** postlagernd.

Gr. Gerberstr. 55 vier Parterrezimmer; Holzplatz.

Zur geneigten Beachtung.

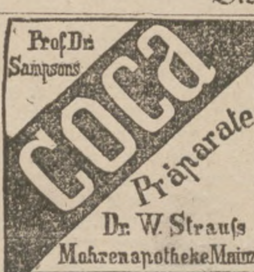
Meine geehrten Kunden ersuche ich im eigenen Interesse, für Reparaturen an Wasserleitungen an meine Arbeiter ohne schriftlichen Ausweis weder Zahlung noch sogenannte Trinkgelder zu geben, da dieselben durch **entlassene unbefugte Arbeiter** nur geschädigt und übervortheilt werden.

Posen, den 12. Februar 1875.

Alex. Grosser,

Klempnermeister und Mechaniker für Wasser-Anlagen,

Bismarckstraße Nr. 10.



Die wunderbaren Nähr- und Heilkräfte der peruanischen Coca-Pflanze, von Alex. v. Humboldt mit den Worten empfohlen „Asthma und Tuberculose fehlen bei den Coqueros gänzlich, und ihr Körper bleibt bei harter Anstrengung tagelang ohne Nahrung und Schlaf vollkräftig", von Boerhave, Bonpland, Tschudi und allen Südamerika-Reisenden bestätigt, sind von der deutschen Gelehrtenwelt theoretisch längst, praktisch aber erst seit Einführung der Prof. Sampson'schen Coca-Präparate der Mohrenapotheke in Mainz anerkannt, indem diese, weil aus frischer Pflanze dargestellt, sämmtliche wirksamen Bestandtheile unverändert enthalten. Diese Präparate, am Krankenbette tausendfach erprobt, sind bei Brust- und Lungenkrankheiten, selbst in vorgeschrittenen Stadien, von eminenter Wirkung (Pillen I), heilen gründlich alle Unterleibs- und Verdauungs-Krankheiten (Pillen II u. Wein), sind unersetzlich bei allen Nervenleiden und einziges Radikalmittel gegen spec. Schwächezustände jeder Art (Pillen III u. Spiritus). Preis 1 Sch. 3 Rmk., 6 Sch. 15 Rmk., 1 Flac. 3 Rmk. Belehrende Abhandlung Prof. Dr. Sampson's, der die Coca an Ort und Stelle sorgfältigst studirte, franco-gratis d. d. Mohren-Apotheke Mainz und deren Depôts-Apotheken:

Posen: Dr. Mankiewicz, königl. Hof-Apotheke. **Berlin: B. O. Pflug,** Louisenstr. 30. **Breslau: S. G. Schwartz,** Ohlauerstr. 21.

Lampen-Reparaturen und Aenderungen werden prompt bewirkt bei

H. Klug,

Breslauerstr. 38.

Ein eleg. zweifenstr. Vorder- mit 2 Hinter-Zimmern, parterre, sind Kanonenplatz-Ecke zum 1. April zu verm. Näheres Sapiehaplatz 4 bei **Graetz.**

Zwei möblirte Zimmer nebst Entrée, mit oder ohne Stall, sind vom 1. März d. J. zu vermiethen. Kleine Gerberstraße Nr. 9.

Halbdorfstr. 39

sind Wohnungen von 120—150 Thlr. jährlich zu vermiethen. Näheres im Geschäftslokale daselbst.

Ein Laden

am Markt wird zu miethen gesucht. Offerten unter Chiffre **S. S.** nimmt die Exped. d. Ztg. entgegen.

Zum 1. März oder 1. April c. suche ich einen brauchbaren Kassengehilfen. — Nur wirklich routinirte Personen wollen ihre Zeugnisse mir einsenden.

Gehalt nach Qualifikation 20 bis 25 Thaler monatlich.

Neutomischel, den 2. Febr. 1875.

Greulich.

Kreis-Steuereinnehmer, Rechnungsrath

Auf meinem Gute in der Provinz wird für einen Knaben von 8 Jahren zum 1. April ein

Hauslehrer

zu engagiren gewünscht. Gehalt 200 Thaler. Reflektanten, aber nur solche, welche schon längere Zeit unterrichtet haben, belieben sich unter **C. Z.** postlagernd Zirke zu melden.

Ein junger, gebildeter **Wirthschafts-Inspektor** mit 100 bis 120 Thlr. Gehalt pro Jahr wird vom 1. April d. J. gesucht, statt dessen auch ein **Volontair** angenommen, der schon einige Jahre in der Wirthschaft war.

Klug,

Thalheim bei Bromberg

Ein Eleve

aus guter Familie findet bei mir Stelle. Borowo bei Czempin.

v. Bernuth.

Einen erfahr. **Stellmacher,** der deutsch und polnisch spricht, sucht bei gutem Lohn

Dom. **Labiszynek,** Gnesen.

Ein Lehrling

für ein Material-Geschäft in der Provinz kann per 1. April placirt werden. Wo? erfährt man durch die Expedition.

2 Lehrmädchen

werden engagirt von

S. Schott,

Putz- und Confections-Geschäft.

Eine geübte **Putzmacherin** findet Beschäftigung Wasserstr. 13.

Berlinerstraße 26 ist eine hochherrschaftliche Wohnung in der 2. Etage vom 1. April zu verm.

Es wird p. 1. März oder spätestens 1. April c. ein gewandter, der deutschen und polnischen Sprache mächtiger

Destillationsgehilfe

(mit schöner Handschrift) bei recht gutem Salair gesucht. Meldungen mit Abschrift der Zeugnisse und Angabe des zuletzt bezogenen Gehalts postlagernd **Ostrowo** unter 1875.

Ein mit dem Lederausschnitt vertrauter junger Mann, wird möglichst zum sofortigen Antritt gesucht. Adr. **S. F.** postlagernd Glogau.

Gesucht

ein tüchtiger Lagerdiener für ein Stabeisenwaaren-Geschäft, routinirte Reisende, Korrespondenten und Buchhalter mit schöner Handschrift, gewandte Verkäufer für alle Branchen, namentlich für Modewaaren und Tuchhandlungen, mit der **Konfektion** vertraute junge Leute, sowie Lehrlinge für alle kaufmännischen Branchen durch das Stellen-Vermittelungs-Büreau von **Herm. Zimmermann,** Stettin, Mönchenstraße Nr. 15, 2 Treppen.

Für mein Colonial-Waaren- und Destillations-Geschäft suche einen **Lehrling.**

Süssmann Lewek,

Santomischel.

Zu sofort oder 1. April sucht einen **Eleven** der Apotheker Dr. **Renner,**

Schwerin a. W.

Korkenschneider

werden fortwährend engagirt und erhalten bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Reisegeld nach Uebereinkunft erstattet.

J. Lammers,

Korken-Manufaktur

in **Schwerin,** Mecklenburg.

Ein anständ. Mädchen guter Familie, welches die Putzmacherei gründlich erlernt, auch als Verkäuferin im Putzgeschäft thätig gewesen, sucht zum 1. April anderw. Stellung; auch hat sie Buchführung erlernt und ist in der Schneiderei erfahren. Adressen unter B. 40 poste rest. **Bromberg** erbeten.

Ein gebildetes Mädchen in gesetzten Jahren sucht zum 1. April oder auch später eine Stellung entweder zur Führung einer kleinen Haushaltung oder zur Stütze der Hausfrau oder auch als Gesellschafterin einer ältern Dame. Mit allen Zweigen der Hauswirthschaft vertraut, sowie in allen weiblichen Handarbeiten geübt, stehen ihr gute Zeugnisse zur Seite.

Gefällige Offerten bitte man in der Expedition dieser Zeitung unter Chiffre **K. E.** abzugeben.

Erfahrene **Uhrmachergehilfen** können sofort eintreten.

G. Bartsch.

Ein Reisender,

noch in Stellung, der die Provinz und Westpreußen für ein **Wein- und Cigarrengeschäft** mit Erfolg bereist hat, sucht per 1. März in ähnlicher oder anderer Branche Engagement.

Offerten nimmt die Exped. d. Pos. Ztg. unter **F. F. 300** entgegen.

Ein verheiratheter militärfreier Landwirth, beider Landessprachen mächtig, 31 Jahre alt, der seit 5 Jahren selbstständig wirkt, dem die besten Rekommandationen zur Seite stehen, will zum 1. Juli d. J. seine Stellung aufgeben und sucht daher als Ober-Inspektor oder Guts-Verwalter ein Engagement.

Gefällige Offerten werden erbeten **E. B.** postlagernd **Culmsee** in Westpreußen.

Gefunden

ein **Pelzkragen.** Gegen Erstattung der Kosten abzuholen St. Martin 35, 1 Treppe rechts.

Die dem Gastwirth **Rudolph Springmann** hierselbst am 19. November v. J. in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter und Mitglied der Einschätzungs-Kommission öffentlich zugefügte Beleidigung nehme ich abbittend hiermit zurück.

Neustadt a. W., 11. Februar 1875.

Louis Goldner.

Vorläufige Theater-Anzeige.

Nächsten Montag findet die elfte außergewöhnliche Extra-Vorstellung statt, worauf schon heute ein geehrtes Publikum aufmerksam gemacht wird, um sich rechtzeitig mit Billets versehen zu können.

Krankenkassen-Verein.

Die statutenmäßige General-Versammlung findet

Montag, den 15. Februar

Abends 7 Uhr

im **Kaplan**'schen Lokale, St. Adalbert Nr. 1, statt.

Tagesordnung:

1. Verwaltungsbericht;
2. Rechnungslegung;
3. Wahl des Vorstandes und des Vereinsarztes.

Posen, den 12. Februar 1875.

Der Vorstand.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 14 Februar, Vormittags 10 Uhr: Herr Superintendent Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Prediger Behrens.

Freitag den 19. Februar, Abends 6 Uhr, zweiter Passionsgottesdienst: Herr Prediger Behrens.

Petrikirche. Sonntag den 14. Februar früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konsistorial-Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Witting.

Mittwoch den 17. Februar, Abends 6 Uhr, 2. Passionspredigt: Herr Konsistorial-Rath Dr. Goebel.

St. Paulikirche. Sonntag den 14. Februar, Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Pastor Schlecht. 10 Uhr, Predigt: Herr General-Superintendent D. Cranz. — Ab. 6 Uhr: Herr Konsist.-Rath Reichard.

Freitag den 19. Februar, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Konsist.-Rath Reichard.

Garnisonkirche. Sonntag den 14. Februar, Vormitt. 10 Uhr, Herr Div.-Pfarrer Dr. Steinwender. (Abendmahl.) — Nachmittags 5 Uhr: 2. Passions-Gottesdienst. Herr Konsistorial-Rath Militair-Oberpfarrer Haendler.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag den 14. Februar, Vormitt. 9½ Uhr: Herr Pastor Gerlach aus Weißenhöhe. — Nachmittags 3 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

Mittwoch den 17. Februar, Abends 7 Uhr: Hr. Pastor Kleinwächter

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 5 bis 11. Februar:

getauft: 10 männl., 15 weibl. Pers
gestorb: 8 männl., 5 weibl. Pers.
getraut: 4 Paar.

Vorläufige Anzeige.

Dienstag den 16. Februar findet das Benefiz für Herrn **Thimm** statt, worauf mehrere Theaterfreunde aufmerksam machen.

Als Verlobte empfehlen sich

Lina Landsberger

David Englaender.

Schrimm. Chodziesen.

Heute früh 3½ Uhr entriß uns der unerbittliche Tod unsern geliebten Gatten und Vater

Eduard Brecht

in seinem noch nicht vollendeten 44. Lebensjahre. Um stille Theilnahme bitten die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Louise Brecht nebst Kindern.

Beerdigung Sonntag 3 Uhr vom Trauerhause, Graben Nr. 30.

Verspätet!

Todes-Anzeige.

Am 28. v. M. entschlief sanft und in Gottes Hand der Kaufmann

Jacob Reszka

im 71. Lebensjahre.

Dieses statt besonderer Nachricht allen Verwandten und Bekannten zur Kenntniss.

Zduny, den 10. Februar 1875.

Die trauernde

Wittwe, Söhne, Tochter und Schwiegertöchter.

Interims-Theater in Posen.

Sonnabend den 13. Februar: Auf Verlangen:

Zehnte außergewöhnliche Extra-Vorstellung.

Entrée 7½ Sgr.

Die Fremde, oder: **Meister Falkner und seine Gesellen.**

Schauspiel in 5 Akten von Johanna v. Weißenthurm.

Sonntag den 14. Februar: Zum 1. Male (neu):

Preußens erstes Schwurgericht.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Herrmann Kette.

In Vorbereitung:

Zum Benefiz für Herrn Thimm: **Mottenburger.** Gesangs-Posse in 7 Bildern von Kalisch und A. Weirauch. Musik von R. Bial.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Sonnabend: Wegen Privatfestlichkeit **keine Vorstellung.**

Die Direktion.



Hôtel de Saxe.

Heute Sonnabend letzter Maskenball.

Marco's Garten-Lokal

in **Schwersenz** (stets festlich dekorirt) empfiehlt sich zu **Festlichkeiten,** besonders jetzt zu **Schlittenpartien.** Aufträge erbittet sich der Besitzer

H. Marco.

Täglich frische Austern empfiehlt **F. W. Ahlers.**

Heute Abend **Eisbeine** bei **A. Romanowski,** Kl. Ritterstr. 1.

Aktien-Brauerei Feldschloß

bei Restaurateur **Rakowski.**

Alle Tage ein vorzügliches ½-Quart-Seidel **Lagerbier.**

Sonnabend **Pökelfleisch mit Erbsen.**

Sonntag **Filet-Beefsteak und Brazy à la Nelson.**

Berghalle, Bergstr. 14.

Jeden Sonnabend Eisbeine.

A. Balder.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.